

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:
Sankt-Peterburg, 32.

Tagessatz: 6705.
Nachredaktion: 6797.

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif
billigst berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlass.

Volksdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Bestellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
ganzjährig 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich (1924).

4. Jahrgang.

Donnerstag, 3. Juli 1924.

Nr. 155.

Klerikale Offensive.

Auf dem Heiligen Berg bei Pöfbram wurde am 28. und 29. Juni eine „Feier des tschechoslowakischen katholischen Volkes“ abgehalten, zur der die Pfarrer an Beischwestern und Kerkelweibern in Hofen und Unterröden zusammengetrieben, was aufzureiben war. Die Feier war wie alle ähnlichen Kundgebungen ein Gemisch von religiöser Veranstaltung und politischen Agitations- und Schreben. Unter anderem wurde den Erschienenen auch der frisch aus Rom eingelangte päpstliche Segen erteilt. So gestärkt waren sie in der richtigen Stimmung, um die den kirchlichen Veranstaltungen folgenden Reden der klerikalen Führer aufnehmen zu können. In den Berichten über diesen Katholikentag finden sich nur Bruchstücke dieser gehaltenen Reden, doch sie genügen, um den Eindruck zu gewinnen, daß diese klerikale Heerschau eine Kundgebung gegen die Republik und gegen den Präsidenten derselben war. Ein gewisser Vater Chlinský erklärte im Verlaufe seines Referates: „Wir unterwerfen uns niemals, weder den Ministern noch auch Höheren. Unser einziger und allerhöchster Herr ist der heilige Vater.“ Ein anderer Redner, der klerikale Parteisekretär Bilek aus Tabor sagte: „Uns wirft niemand um, nicht einmal jener, der sagte, Tabor ist unser Programm.“ Der klerikale Parteisekretär Křifava behauptete, es werde „in der Republik nicht besser werden, so lange auf dem Gradstein nicht die Fahne des römisch-katholischen Volkes wehen wird und so lange dort die Freimaurer herrschen. Wenn es notwendig sein sollte, werden wir auch die bewaffnete Faust gebrauchen.“ Die Krone setzte allem der klerikale Abgeordnete Mlýšvec auf: „Das heutige Regime werden wir so lange unterwühlen, solange wir nicht seine Aenderung durchsetzen und so lange wir nicht einen Präsidenten haben werden, der sich vor der Gottheit verneigt.“ Noch andere Redner erklärten: „Wir lassen uns nicht von Juden und Freimaurern regieren! Die Abrechnung erfolgt nicht mit Rom, sondern mit jenen, welche dieses Schlagwort ausgegeben haben.“

Bevor diese Reden gehalten wurden, ging es folgendermaßen her: Zuerst wurde am Samstag von zwei Stellen den herbeigeströmten Wallfahrern gepredigt. Am Abend gab es einen Fackelzug, bei dem der päpstliche Gesandte in der tschechoslowakischen Republik, Nunzius Armaggi, inmitten einer großen Schar von Geistlichen, die Monstranz trug. Dann folgte ein großes Feuerwerk. Am nächsten Tage mußten alle Teilnehmer zur Beichte wandern, worauf stundenlang hindurch Komunion war. Hierauf gab es eine Heilige Messe, dann abermals einen Festzug, Glockenläuten, Völlerschüsse, Musikkapellen, Gesänge, Predigten und schließlich die Erteilung des päpstlichen Segens. Unmittelbar darauf wurde eine Manifestationsversammlung der so präparierten Teilnehmer abgehalten, bei der die oben zitierten Reden gehalten wurden. Selbstredend fehlte es nicht an Aufforderungen, die klerikale Presse zu abonnieren und klerikale Organisationen zu gründen. Den Abschluß fanden die Feierlichkeiten mit der Absendung von Telegrammen an den Papst und an den Erzbischof.

Die tschechisch-freimaurigen Parteien sind empört, weil die Klerikalen es nun nicht mehr für nötig halten, sich republikanisch und patriotisch aufzuschminken, sondern an die demokratische Republik wie auch an ihren Präsidenten eine offene Kampfansage richten. Die Empörung kommt reichlich spät. Sie werden, wenn sie ehrlich sind, sich nicht verhehlen

Der Völkerbundlagentongreß.

„Das geeinigte pazifistische Europa.“ Internationale Emissionsbank, internationale Währung.

Genève, 2. Juli. (Savas.) Die Plenarversammlung des Kongresses der Völkerbundlagentongreß hat eine Resolution angenommen, in welcher die Befriedigung über den Expertenbericht ausgedrückt wird. Der deutsche Delegierte Graf Bernstorff sprach seine Zufriedenheit mit dem Wortlaut dieser Entschliessung aus und ebenso mit dem Ergebnis der Wahlen in Deutschland und Frankreich. Auch die deutschen Wahlen haben, wie Bernstorff erklärte, den vernünftigen Parteien die Mehrheit gebracht, welche loyal den Expertenbericht ausführen wollen. Zur Sicherheit Frankreichs bemerkte Bernstorff, daß ein künftiger Krieg eher mit Material als mit Menschen geführt werden dürfte. Die hier und da vorkommenden Manifestationen der Nationalisten seien durch das noch vorhandene bittere Bewußtsein der erlittenen Niederlage zu erklären. Technisch und materiell sei Deutschland unfähig, einen neuen Krieg zu erklären. Schließlich begrüßte Bernstorff das künftige geeinigte Europa.

Der Vorsitzende der französischen Delegation Hennessy gab seiner Befriedigung über die Ausführungen Bernstorffs Ausdruck. Sobald einmal Deutschland im Völkerbund die gebührende Rolle spielen werde, kann an eine Ausrückung eines geeinigten pazifistischen Europas gedacht werden.

Auf einen japanischen Antrag hin wurde eine Resolution über die gerechte Behandlung der Fremden angenommen. Der amerikanische Delegierte enthielt sich der Stimme. Die Frage von Wilna wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Genève, 1. Juli. (Savas.) Heute hat der Kongreß seine ersten zwei Plenarsitzungen abgehalten. Am Nachmittag wurde ein Bericht der argentinischen Delegation studiert, der die Schaffung einer internationalen Emissionsbank und einer internationalen Währung empfiehlt. Ebenso haben die Russen empfohlen, eine internationale Währungseinheit zu schaffen. Die Versammlung nahm eine Resolution an, in der die Regierungen ersucht werden, für die Einberufung einer Konferenz der Zentral-Emissionsbanken zusammen mit dem Federal-Reserve-Board von Amerika zu sorgen.

Genève, 1. Juli. (Savas.) Die tschechische Delegation hat die russische, polnische, bulgarische, rumänische, griechische und dänische Delegation zu einem Dejeuner eingeladen, bei welchem gegenseitige Sympathieabreden ausgetauscht wurden. Es wurde die Notwendigkeit betont, in allen Fragen, welche die Staaten gemeinsam interessieren, auch gemeinsam zusammenzuarbeiten. Die Delegierten haben beschlossen, ein Sekretariat zu bilden, welches für die engeren Beziehungen der Völkerbundvereinigungen dieser Nationen sorgen wird.

Eine Reutersnote: Die deutsche Antwort fair.

London, 1. Juli. Wie Reuters erfährt, hat das Foreign Office die deutsche Antwortnote noch nicht erhalten. Schon aus diesem Grunde sei es schwierig, eine bestimmte Ansicht darüber zu äußern. Zu gut unterrichteten Kreisen werde jedoch der Ton der deutschen Antwort, wie sie in der Presse veröffentlicht werde, für befriedigend angesehen. Indessen erscheine es nicht möglich, dem deutschen Vorschlag, die Kontrollarbeit endgültig bis zum 30. September zu beenden, zuzustimmen. Möglicherweise werde ein Einwand gegen die Beendigung an einem bestimmten Zeitpunkt erhoben werden. Im allgemeinen werde die Note aber als „fair“ und befriedigend angesehen und ferner als ein Zeichen, daß Deutschland mit den Alliierten zusammenzuarbeiten wüßte.

Industriekrise in Polnisch-Schlesien.

Kattowitz, 2. Juli. In den Kohlengruben und Eisenhütten Polnisch-Oberschlesiens wurde mit Maueranschlag seitens der Direktoren bekannt gegeben, daß die Löhne ab 1. Juli um 30 Prozent reduziert und die gesamte Arbeiterschaft auf den 11. Juli gekündigt wird. Die Direktoren der Kohlengruben und Eisenhütten geben gleichzeitig bekannt, daß zur Arbeit nach diesem Termine nur diejenigen Arbeiter wiederum aufgenommen werden, welche sich bereit erklären, 10 Stunden täglich zu arbeiten. Der Berg- und Hüttenverband sowie die übrigen Industriellenverbände haben ferner die Regierung verständigt, daß alle Großbetriebe in Polnisch-Oberschlesien eingestellt werden, und daß sie außer Stande sind, die Steuern zu bezahlen. Die Industriellen verlangen die Aufhebung von Zöllen sowie erhebliche Reduktion der Eisenbahntarife. Die Verlautbarung der bereits vor einigen Tagen seitens der Industriellen angekündigten allgemeinen Aussperrung in Polnisch-Oberschlesien hat in den Kreisen der Arbeiterschaft größte Aufregung hervorgerufen.

drängt, wird der Einfluß der bürgerlich-kapitalistischen Reaktion im allgemeinen, wie auch der Einfluß des Klerikalismus in besonderen sich nur steigern. Die freimaurig-sozialistischen Parteien fühlen ihre Hände durch die Koalition gebunden, die Klerikalen dagegen wissen sich von aller Nazarener-Bescheidenheit frei und nähren dreist die Gebundenheit der andern, um ihre eigene Macht zu stärken.

Heute fühlen sich die Römlinge bereits so kräftig, daß sie zum offenen Angriff auf die Republik übergehen. Der feine, kaltvolle Masarn hat ihnen gewiß nicht wehe getan, aber er ist Demokrat und Freimaurer, das genügt, daß das schwarze Gezücht sein Gift gegen ihn spritzt. Den Habsburgern und der Monarchie haben die Klerikalen in händischer Ergebenheit gedient, weil sie Stützen ihrer Macht waren. Vor jeder Erzherzogin und vor jedem vertrottelten Mitglied des Kaiserhauses lagen sie verehrend im Staube und verlangten dieselbe Verehrung auch vom Volke, nur deshalb, weil die Habsburger sich von ihren Beichtvätern und Hauspaffen zur Bigotterie erziehen ließen. Dem gewählten Präsidenten der Republik aber bieten sie Trost und drohen — sie, die Mittertäger des Gesetzes zum Schutz der Republik! — mit der „bewaffneten Faust“. Wann hätten jemals die Frommen sich gegen das habsburgische Gottesgnadentum eine solche

Rundgebungen Herriots.

Paris, 2. Juli. (Savas.) Herriot hat dem Dyoner Kongreß ein Begrüßungstelegramm geschickt, worin er u. a. sagt, daß das schwer getroffene Frankreich nichts anderes als Ersatz für die erlittenen Schäden verlangen und alle seine Kräfte zu dem einen Ziele verwenden, daß mit allen Mitteln ein ehrlicher und dauernder Friede unter den Völkern hergestellt werde. In diesem Sinne werde es mit Eifer handeln und sich durch nichts abschrecken lassen. Zu diesem Werke erbitte es die Hilfe aller Völker der Welt.

Paris, 2. Juli. (Savas.) Herriot und General Rollet sprachen heute vor den Senatskommissionen für Finanzen und auswärtige Angelegenheiten. Herriot kam in seiner Rede auf die Reise nach Chequers und Brüssel sowie auf das eventuelle Programm der Londoner Konferenz vom 16. Juli zu sprechen. In Chequers, erklärte Herriot, wurde als Basis der Plan der Experten angenommen, und zwar in dem gleichen Ausmaße, wie es die frühere Regierung zugelassen hat. Was die Feststellungen zukünftiger Verfassungen Deutschlands betrifft, so wurde in Chequers darüber nichts genaueres bestimmt. Betreffend die Militärkontrolle herrscht vollkommene Uebereinstimmung. England will ebenso wie Frankreich die Kontrolle in Deutschland weiterführen. Macdonald hat gesagt, daß er sich lebhaft für die Sicherheit Frankreichs interessiert und daß er auf die Einigkeit der beiden Nationen rechnet.

Die Londoner Konferenz.

London, 1. Juli. Einer Reutersmeldung zufolge hat Japan die Einladung zur Teilnahme an der bevorstehenden interalliierten Konferenz in London angenommen. Es wird durch seinen Pariser und durch seinen Londoner Botschafter vertreten sein.

Bukarest, 2. Juli. (S. R.) Auf der Konferenz der Kleinen Entente wird Rumänien durch den Außenminister Duca und auf der interalliierten Konferenz in London durch den Londoner Botschafter Titulescu vertreten sein.

Die italienische Opposition unbefriedigt.

Rom, 1. Juli. Der Ausschuss der Oppositionsparteien hat festgestellt, daß die Lösung der Ministerkrise keine Erledigung der Angelegenheit bedeutet, wegen der die Oppositionsparteien sich geweigert haben, an den parlamentarischen Arbeiten teilzunehmen. Der Ausschuss protestierte gegen die Beibehaltung der Nationalmiliz.

Wie die Blätter melden, sollen am nächsten Sonntag in mehreren Städten bewaffnete fakultische Kundgebungen stattfinden.

rechte Sprache erlaubt! Damals lehrten sie noch Mathäi: „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist“, doch auf Republik und Volk wollen sie den Widerspruch nicht angewendet sehen. Die Republik wollen sie „unterwühlen“, insofern der Präsident nicht ein Pfaffennecht geworden ist! Staatliche Autorität, Ergebung in die gottgewollte Ordnung, das war der Inhalt ihrer Lehren, solange die Monarchie bestand, heute drohen sie, stacheln ihre Schäfchen zwischen allerlei Religionshandlungen auf, weder den Ministern noch auch „Höheren“ sich zu unterwerfen. „Der König absolut, wenn er unsern Willen tut.“ Sie würden auch den republikanischen Präsidenten gelten lassen, wenn er ihren Willen hätte. Doch da er sich nicht zu ihrem Helfer machen lassen will, fänden sie ihm Krieg.

Das schwarze Unkraut ist üppig emporgewachsen und droht die Saat der Kultur und der Freiheit zu überwuchern. Es wird Zeit, es auszujäten! Die Offensive, welche die Klerikalen begonnen haben und die Offenheit, mit der sie ihre dunklen Pläne enthüllen, muß die nötige Antwort und Abwehr finden. Die Fledermäuse, die mit ihren Flügeln das Sonnenlicht verdecken wollen, damit das Volk wieder wie einst in Nacht, Dummheit und Unwissenheit dahinsiehe, müssen in ihre Schlupfwinkel zurückgejagt werden!

Die Sozialversicherungsdebatte.

Prag, 2. Juli. Der sozialpolitische Ausschuss legte heute während des Vor- und Nachmittags seine Arbeit ganz der Debatte über die Sozialversicherungsvorlage, deren erster Teil auch erledigt und angenommen wurde. In der Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses traten auch der Minister für soziale Fürsorge Habrman, der die gestrige Anträge des Genossen Schäfer wegen der beabsichtigten Berücksichtigung der Arbeitslosenbezüge beantwortete. Mit den Ausführungen des Ministers Habrman befassten wir uns an anderer Stelle des Blattes.

Als erster Debatterredner verlangte Abgeordneter Dr. Matoušek (Nat. Dem.), daß für die Privatbeamten das alte Krankenversicherungsgesetz so lange praktiziert werde, so lange ihr materielles Recht nicht geregelt wird.

Abgeordneter Schöllitz (D. Christ. Soz.) wünscht die Ausdehnung der Versicherung auch auf Unfälle sowie die Arbeitslosenversicherung, wendet sich gegen das Genossenschaftensystem und wolle schließlich einen Referentenentwurf, die Regierung möge ebensolange einen Gesetzentwurf über die Krankenkassen der Privatangestellten einbringen.

Abgeordneter Dr. Raibl (Deutschnat.) fordert zum § 2 den Antrag, daß wirtschaftliches Zusammenwirken zwischen Ehegatten nicht als ein Arbeits- Dienst- oder Rechtsverhältnis im Sinne des Gesetzes angesehen sei.

Abgeordneter Genosse Laub wendet sich dagegen, daß an den grundlegenden Bestimmungen der Vorlage ganz wesentliche Änderungen vorgenommen wurden. Die Unfallversicherung müsse in das Gesetz aufgenommen werden, dagegen ist die Aufnahme der Mutterschaftsversicherung in den Rahmen dieses Gesetzes zu verwerfen. Genosse Laub beschäftigt sich dann mit der Krankenversicherung des Staatsbeamten, mit dem Verhältnis der Ärzteschaft zu dem Gesetze und wendet sich schließlich gegen den vom Abgeordneten Raibl beantragten Zusatzantrag zum § 2 der Vorlage.

Abgeordneter Růžera (Komm.), der hierauf zu Worte kommt, fordert unter anderem, daß in die Mutterschaftsversicherung auch jene Mütter fallen müssen, welche einer Verpflichtung nicht unterliegen. Es wäre angebracht, daß neben der Sozialversicherung, die auf der Grundlage von Beiträgen durchgeführt wird, auch die Frage der Versorgung gelöst werde, die sich auf Beiträge stützen würde, die aus Staatsmitteln geschöpft werden. Im Rahmen des vorliegenden Gesetzesantrages müßte auch die Versicherung der Staats- und öffentlichen Angestellten durchgeführt werden.

Abgeordneter Langer (tschech. Nat. Soz.) erklärt sich gleichfalls mit den Änderungen, die an der Vorlage vorgenommen wurden, nicht einverstanden.

Abgeordneter Vágel (D. Nat. Soz.) begrüßt es, daß schon jetzt die Versicherungspflicht der Näherinnen, Hausgehilfinnen usw. festgelegt wird, bezweifelt aber, daß die Ausscheidung der Advo-katurskandidaten aus der Versicherung zweckentsprechend ist.

Abgeordneter Genosse Schäfer: Das Ergebnis der Arbeiten des Unterausschusses muß eine Enttäuschung sein für alle, die bisher die Einheit der Versicherung verfolgten haben. Die beste Lösung der Arbeitslosenversicherung kann nur eine Eingliederung der Arbeitslosenversicherung in die Sozialversicherung sein. Die Umwandlung unseres Staates müßte eine andere Form der Arbeitslosenversicherung be-

dingen als das Genossenschaftensystem, zumal doch die Genossenschaften gleichfalls grundsätzliche Gegner des Genossenschaftensystems sind.

Abgeordneter Klein (Soz. Dem.): Für die Wirksamkeit eines Gesetzes ist die praktische Handhabung des Gesetzes maßgebend. Er fordert daher die Einsetzung eines Ausschusses, der aus Vertretern der zuständigen Ministerien, der Krankenkassen, Ärzte etc. bestehen müßte und der neue Wege im Interesse der Verbesserung der praktischen Durchführung der Sozialversicherung finden müßte.

Nach dem Abgeordneten Bezděl (Vollpart.) demobiert sich Abgeordneter Raibl (D. Nat.) gegen die allgedachte Weise der Durchführung der Ausschüsse, die eine genaue Durchberatung der Vorlage unmöglich machen.

Nach einer Bemerkung des Professors Dr. Schönbaum insbesondere mit den Ausführungen des Genossen Laub erklärte Abgeordneter Vavra (Genossenschaft. Part.), daß seine Partei im Prinzip nicht gegen das Gesetz sei.

Abgeordneter Tagerle (tschech. Soz. Dem.) verlangt vom Referenten eine klare Erklärung, daß die in der Schiffahrt Beschäftigten auch unter die Sozialversicherung fallen, da im Elaborat des Ausschusses die Feststellung vergessen wurde und sich in Zukunft aus dieser Unterlassung Streitfälle ergeben könnten.

Die Vorlage, so erklärt hierauf Abgeordneter Laube (tsch. Nat. Soz.), stellt ein Kompromiß dar, das innerhalb der Koalition zustande gekommen ist und daher niemanden befriedigen könne. Trotzdem hält es der Redner für eine geeignete Grundlage für spätere Verbesserungen.

Der gleichen Ansicht ist der Abgeordnete Joháns (tsch. Soz. Dem.), der es hierauf auf das wärmste begrüßt, daß nach den Ausführungen des Ministers Habrman und den Erklärungen des Professors Schönbaum die Gesetzesvorlage über die Versicherung der über 60 Jahre alten Personen bereits fertig ist.

In der Nachmittagsverhandlung wird nach den Schlussworten des Vertreters des Ministeriums für soziale Fürsorge Dr. Peteržila und des Abgeordneten Dr. Winter der erste Teil der Vorlage angenommen und erledigt. Hierauf referiert Abgeordneter Dr. Winter über den zweiten Teil der Vorlage, der die §§ 8 und 9 enthält.

Die Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung.

Prag, 2. Juli: Wie wir bereits gestern mitgeteilt haben, hat Genosse Schäfer im sozialpolitischen Ausschuss des Abgeordnetenhauses eine Anfrage an die Regierung gestellt, ob die angehängte Drosselung der Arbeitslosenunterstützung tatsächlich durchgeführt werden wird. Die tschechischen Abendblätter veröffentlichen nun Mitteilungen über das Ausmaß der Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung, die keinen Zweifel darüber lassen, daß die Regierung tatsächlich gewillt ist, die Arbeitslosenunterstützung abzubauen. Der Erlaß des Ministeriums für soziale Fürsorge lautet folgendes:

In den ersten sechs Monaten der Arbeitslosenunterstützung erhalten die Arbeitslosen in Orten unter 7000 Einwohnern 6 K täglich, in größeren Orten 7 K 50 h. Familienmitglieder der Arbeitslosen, die nicht selbständig erwerbs-

tätig sind, erhalten 3 K 75 h. Die gesamte Unterstützung, die einer vollständig arbeitslosen Familie ausbezahlt werden kann, beträgt in kleineren Städten höchstens 14 K, in größeren Städten 15 K 50 h täglich. Die Familienzulagen bleiben unverändert. Vom siebenten bis neunten Monat der Unterstützungs-dauer beträgt die Unterstützung pro Person 4 K und 5 K, die Familienzulagen für die Gattin 1 K und für die Kinder 50 h. Die gesamte Unterstützung darf nicht mehr als 8 K betragen. Auf selbständig erwerbstätige arbeitslose Haushaltungs-personen entfällt eine Unterstützung von 2 K 80 h. Nach dem neunten Monat entfällt jedwede Unterstützung. Deshalb werden Personen nicht unterstützt werden, die bereits vom 1. Oktober 1923 arbeitslos sind. Die gleichen Vorschriften gelten auch für Arbeitslose, die von Unternehmungen unterstützt werden. Auf teilweise arbeitslose Personen bezieht sich dieser Erlaß nicht und es gelten die früheren Normen.

Die Verordnung soll bereits am 1. Juli in Kraft treten.

Minister Habrman hat nun in der Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses des Abgeordnetenhauses am heutigen Mittwoch die Anfrage des Abgeordneten Genossen Schäfer beantwortet und hat tatsächlich zugegeben, daß die oben erwähnte Verordnung vom Ministerium für soziale Fürsorge bereits erlassen wurde. Er hat zwar betont, daß die Regierung von der größten Sympathie für die Arbeiterschaft erfüllt sei und daß die tschechoslowakische Republik in der Frage der Arbeitslosenunterstützung der Arbeiterschaft mehr entgegenkomme als in jedem anderem Staate, was aber die tatsächliche Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung durchaus nicht aus der Welt schafft.

Die Eile und die Heimlichkeit, mit der dieser Abbau der Arbeitslosenunterstützung ins Werk gesetzt wird, ist ein Beweis für das schlechte Gewissen der Regierung und der Regierungsparteien. Vor kurzem erst wurde das Gesetz über die Verlängerung der Arbeitslosenunterstützung behandelt, ohne daß etwas von einer Änderung in der Höhe der Unterstützungsätze verlauscht worden wäre. Auf eine diesbezügliche Anfrage von deutscher sozialdemokratischer Seite wurde von der Regierung eine „beruhigende“ Antwort erteilt. Die Koalition hat damit — nach den Manieren eines Pferdehändlers — die Opposition einfach getäuscht und tausende von Arbeitslose schwer geschädigt.

Die Getreidezölle auf dem Weg?

Sitzung des Senates.

Prag, 2. Juli. In der heutigen Senatsitzung ging es in der Couloir recht lebhaft zu: eine Koalitionsberatung folgte der anderen und zuweilen glaubte man, im Abgeordnetenhause und nicht in dem sprichwörtlich stillen Senat zu sein. Der Grund hierfür lag in zwei Dingen.

Erstens wurde in der Klubmännerkonferenz mitgeteilt, daß der Handelsvertrag mit Holland auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung des Senats gestellt sei und daß er auch erledigt werden solle. Diese Mitteilung weckte allgemeine Ueberraschung, weil bekanntlich die tschechischen Agrarier noch vor kurzem die Handelsverträge dadurch obstruierten, daß sie erklärten, vor der „Regelung“ der Zollfrage — hierunter verstanden die Agrarier die Bewilligung der Zölle — die Beratung der Handelsverträge im Parlamente nicht zulassen zu können. Da die Agrarier plötzlich die Beratung eines Handelsvertrages im Senate dulden, muß man annehmen, daß die Zollfrage in ihrem Sinne „geregelt“ wurde.

Wie man sagt, besteht die Absicht, den Zoll nicht nur für Getreide und Mehl einzuführen, sondern auch für alle Bodenprodukte und für Vieh. Wieder haben also einige wenige über wichtige Lebensfragen der Bevölkerung entschieden, die in völliger Unklarheit gelassen wurde.

Bemerkenswert ist auch die Vorlage des Gesetzes über den Schutz der Kleinpächter, welches bekanntlich lange Zeit einen Janlapfel in der Koalition bildete. Uebrigens halten auch jetzt noch die tschechischen Agrarier an ihrem Widerstande gegen die Formulierung der Vorlage fest.

Eine kleine Aufregung, die aber im Laufe der Sitzung geschlichtet wurde, gab es in der Koalition bei Sitzungsbeginn: In einer der letzten Sitzungen hatte die Regierung den Gesetzesantrag vorgelegt, von dem Betrage von 50 Millionen Kronen, der im Juli 1923 zur Errichtung eines Fonds für Zwecke einer staatlichen Elementarversicherung ausgeworfen wurde, aber nicht zur Verwendung gelangte, eine Summe von 10 Millionen Kronen zur Deckung der im heurigen Jahre vorgekommenen Elementarschäden zu verwenden. Dieser Gesetzesantrag wurde nun von den tschechischen Agrariern dahin interpretiert, daß die Regierung voriges Jahr die Mittel zur Deckung der Elementarschäden anderweitig aufgebracht habe, obwohl das Gesetz über die Gewährung der 50 Millionen da war. Deshalb könnte man, so sagten die Agrarier, auch heuer wieder Schäden anderweitig decken und die ganzen 50 Millionen, zwecks Gründung der staatlichen Elementarversicherung, unberührt liegen lassen. Gegen dieses Gesetzt, das der agrarische Senator Krůžber — von ihm stammte die famose „Interpretation“ — seinen Kollegen machen wollte, wandten sich natürlich die tschechischen Sozialdemokraten.

Der Senat behandelte in seiner Sitzung eine ganze Reihe kleinerer Vorlagen, darunter auch das Gesetz über das teilweise Verbot des Stillens gegen Entlohnung. Der Berichterstatter Vábla wandte sich scharf gegen jene Frauen der sogenannten „höheren“ Gesellschaftsschichten, die ihre Kinder von fremden Müttern stillen lassen. Diese Frauen opfern gern die Gesundheit ihrer eigenen Kinder, nur um den Bedürfnissen der Mode und der Bequemlichkeit fröhnen zu können. Es war daher selbstverständlich, daß die einzige Debatterednerin, Genossin Berthel die Vorlage vom gesundheitlichen und sozialen Standpunkte aus begründete. Wünschenswert wäre allerdings — so führte sie aus —, wenn die vorgesehene ärztliche Untersuchung auf alle Familienmitglieder des zu stillenden Kindes ausgedehnt würde. Auch scheint die Zeit von vier Monaten zu kurz, da die Amme ihr eigenes Kind stillen muß. Eine weitere Lücke des Gesetzes besteht darin, daß es sich nicht auf Sanatorien und Kindelhäuser bezieht. Es wird Aufgabe des Staates sein, für die Säuglingsfürsorge und den Mutterschutz noch bedeutend mehr zu tun, als es mit diesem Gesetz geschieht. Dringend geboten sind Säuglings- und Wöchnerinnenheime, notwendig wäre auch die Einführung von Säuglings- und Pflegegeschwestern. Schließlich ersucht Rednerin um die Annahme ihres Antrages, daß in größeren Betrieben Stillstuben zu errichten sind. (Beifall.) Dieser Antrag gelangte auch zur Annahme.

Nächste Sitzung: Morgen, 3. Juli, 9 Uhr vormittags.

Mitte August 1924
Bundesturnfest
der
Arbeiterturner
in Karlsbad.

Die kleine Lotte. (32)

Von Simone Bodde.

Uebersetzt von Dr. Hans Růžbaum, Coppraght by Internationaler Verlag „Renalsonce“, Wien.

Sie ist sehr stolz darauf, außer mit ihrem Liebsten, niemals mit jemandem unter zehn Franken zu gehen, und noch dazu nur, wenn es ihr paßt. Aber doch pfeifen unter den Fenstern „schwere Jungen“ in Schirmkappen oft nach ihr. Die Brüder, sagt sie. Manchmal hat sie allerlei zu lächerlich billigen Preisen zu verkaufen: Börsen, Visittartentäschchen, Krautnadeln, Warenhausbartikel. Das haben ihre Liebhaber gestohlen, sagt man. Oeffnet den Kragen ihrer Bluse, sieht man eine Narbe — von einem Messerstrich — wird behauptet. Schließlich erzählen die Leute auch, daß sie sich ein Kind hat fornehmen lassen. Trotz alledem ist sie sehr geachtet und geschätzt. Sie hat fast immer Geld. Nur sie und Charlotte tragen Güte. Sie arbeitet im übrigen sehr rasch und gut, aber unregelmäßig, wann sie will. Oft um die Mittagszeit, wenn die andern sich das Essen zurechtmachen. Martha lehnt sich auch zum Fenster hinaus, obgleich Annette Décoiffer es ausdrücklich verboten hat. Wöhlisch fähet sie sich dann durch die Haare, ordnet sie, nimmt ihren Hut, ruft im Hinauslaufen:

„Nunnt dir beibiegen, was in meinem Arbeitsfad ist, Fifi.“

Anfangs verliegen diese überstürzten Abgänge die kleine Charlotte in Bestürzung. Armandine lacht. Fifi wundert sich über nichts, in ihren Traun verloren. Julie, die Damen Ravage und Toriol, sind stilllich entrüstet. Diese letzteren vervollständigen mit Fifi die F. Josephine, genannt Fifi, welche Marthas Frühkind erbt, ist sicherli das ärmste allbe-läpfe. Achtundzwanzig Jahre alt, von ab-

stohender Unsauberkeit. Die Haut an Gesicht und Händen ist fahl, gebleicht. Man denkt an eine Schlangenhaut. Ihre Züge sind fein. Sinnig blickt sie aus verdorrten blauen Augen. Sie hat eine ganze Menge blonder Haare, die man schon nennen könnte, wären sie nicht so staubbedeckt. Das arme Ding hat keine Wohnung, schläft bald bei dem, bald bei jenem. Wenn sie niemand will, bei einer Schwester, Hausfräulein in einem Vorort, deren Geliebter Lastträger in den Hallen ist. Man räumt Fifi ein Plätzchen auf Gemüseabfällen ein, zwischen Körben voll von Früchten und Lebensmitteln. Einmal hat sie nachts einen Korb voll Krabben über sich geschüttet. Wie sie das lachend erzählt, läuft Charlotte ein Schauer über.

Fifi ist fast immer betrunken. Raum hat sie fünfzig Centimes verdient, fordert sie sie ein, geht hinunter, einen Absinth trinken. Sie ist nur, dank Marthas Großmut, zu Mittag. Ganz jung war sie verführt, dann verlassen worden. Sie hat ihr Kind in die öffentliche Armenpflege gegeben, wurde Dienstmädchen in einem Hotel, nahm einen Keiner zum Geliebten. Er hatte auch ein Verhältnis mit der Hotelbesitzerin. Sie warf Fifi hinaus. Dann verfertigte sie Puderquasten, verdiente fünfzig Centimes im Tag; wusch bei einem Rohnmacher Fenster und nagelte Bilder ein; das war schon besser bezahlt; zwei Franken täglich. Aber sie mußte sich den Verkäufer gefallen lassen. Der Unmenschen machte ihr ein Kind und schickte sie fort. Als Dienstmädchen bei einer Bürgerfamilie ward sie plötzlich in der Küche von Wehen gepackt. Man beschuldigt sie, das Kind in den Ofen geworfen zu haben. Sie wird verhaftet, zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Seitdem ist sie wie blödsinnig.

Keiner kann sie ausliehen. Wenn sie ist, verlangt man, daß sie hinausgeschickt werde. Nur Armandine und Martha halten zu ihr, wenden ein, daß sie niemandem etwas zuleide tut.

Armandine besonders setzt sich durch, weil sie eine stinke Arbeiterin ist. Man kann sie nicht entbehren, heißt es, kräftig anziehen. Und dann, mit ihr, muß man auch Fifi mitziehen.

Lili ist kränker, als Charlotte gedacht hat. Sie kann nicht schnell gehen, kann Treppen nicht steigen, ohne Herzklappen zu bekommen, Lippen und Wadenknochen werden violett, fast schwarz. Sie ist herzleidend. „Ein geheimnisvolles Leiden, man weiß nicht, woher es kommt“, sagt Armandine. Alle haben Lili gern mit Ausnahme von Julie und der Toriol, die niemanden mögen. Ihr Leiden ist interessant. Man weiß nur, daß es irgendwas mit dem Herzen zu tun hat.

Die Damen Ravage und Toriol stellen die Elite der Gesellschaft dar. Sie sind rechtmäßig verheiratet. Die erste, eine große, niagere Frau mit einem Pferdegesicht, hat einen Arbeiter zum Mann, der in einer Zuderfabrik um lächerlich geringen Lohn arbeitet. Meistens arbeitet er überhaupt nicht. Sie hat sechs Kinder. Am Samstag kommt der Mann ihren Lohn holen. Sie gibt ihn her. Oft kommt er auch während der Woche nachsehen, wieviel es ausmacht. Vater Décoiffer antwortet ihm brummig, daß man nur an bestimmten Tagen auszahlte. Ein andermal erscheint die älteste zehnjährige Tochter. Sie trägt ein rosa Leinenkleid, in dem sie vor Kälte zittert, den Fingstgeborenen auf dem Arm. Nichts ist größerer als dieser Anblick: das kleine Mädchen mit den spärlichen Haaren, wachsfarbenem Gesicht, roten, geschwellenen Augen. (Alle Kinder der Frau Ravage wie sie selbst, leiden an Augenentzündung.) Der kleine Bruder, armselig, kränklich, form- und kraftlose Fleischmasse. Trotzdem bricht die Schwester unter der Last schier zusammen.

Die Mutter läßt ihr fünfzig Centimes geben, den Kindern Brot zu kaufen. Hat Martha was, steckt sie es ihr heimlich zu:

„Daß es dir nicht von Vater wegknappen.“

Madame Toriol ist dreißig Jahre alt. Groß und kräftig, mit stark gerötetem Gesicht. Ihrer Herkunft nach Belgierin. Nach Paris gekommen, um eine Stelle als Dienstmädchen zu suchen, scheint sie ein ziemlich bewegtes Leben geführt zu haben. Ist sparsam im Erzählen von Einzelheiten. Sie hat so beiläufig die Blumenmacherei gelernt, einen Uhrmacher geheiratet. Der Mann ist fünfzig Jahre alt, grauhaarig, kränklich. Doch streitet die Frau seinetwegen heftig mit dem Hausdiener, behauptet, ihr Mann könne es noch mit allen Türlen der Erde aufnehmen. Schlägt ihre Kermel zurück, damit man ihre Arme bewundere. Sie haßt Martha. Verfehlt diese doch niemals, den Uhrmacher eingehend zu beschäftigen, wenn er seine Frau holen kommt. Martha klagt sie an, ihren Gatten zu erschöpfen, nennt sie Mutter Blaubart.

So ist die Werkstatt in zwei Lager geteilt: die zur Gesellschaft gehören, die Damen Ravage, Toriol (sie sind verheiratet), Julie, die einstmal von einem reichen Manne ausgehalten wurde. Die anderen: Armandine und ihre Tochter, Martha und Fifi. Das erste Lager verachtet das zweite tief. Dieses rächt sich durch Lachen und fortwährende Redereien. Das erste hat in den Arbeitgebern moralischen Rückhalt, aber im zweiten ist Armandine, die für das Geschick Vor- teil bedeutet, wenn es viel Arbeit gibt. Das versteht sie immer in gute Laune. So salzen es die Décoiffer bald mit dem einen, bald mit dem anderen, je nach Maßgabe der Bestellungen, und natürlich liebenswürdiger mit jenen, die sie am geringsten schätzen.

Charlotte überauscht und verwirrt, spricht wenig. Rün lernt sie die Arbeiterinnen näher kennen, diese Frauen, welche sie, selbst eine kleine Arbeitgeberin, immer nur wenige Minuten sch, wenn sie sich schüchtern entschuldigte, sie nicht zählen zu können. Charlotte begreift nicht, warum Mutter sie so sehr geringschätzt.

(Fortsetzung folgt.)

Väterchen Sinowjew.



Sulbigung der kommunistischen Parteien.

Letzte Nachrichten:

Die Konferenz der Kleinen Entente.

Prag, 2. Juli. Die Konferenz der Kleinen Entente tagt am 11., 12. und 13. Juli in Prag. Jugoslawien vertritt der Außenminister Nincic, Rumänien der Außenminister Duca. Nach den bisherigen Meldungen wird sich die Konferenz mit den laufenden internationalen Fragen befassen, mit den Beziehungen der Mitglieder der Kleinen Entente zu ihren Nachbarn, mit der Frage der finanziellen Sanierung Oesterreichs und Ungarns, mit Fragen, die auf der Geschäftsordnung der kommenden Sitzung des Völkerbundes stehen, insbesondere mit der Militärkontrolle, dem Plane des Völkerbundes betreffend die Abrüstung und die Verträge über gegenseitige Hilfeleistung sowie auch mit den kommenden Verhandlungen der Alliierten über die Reparationsfragen.

Ein sozialdemokratischer Wahlzug in Ungarn.

Budapest, 2. Juli. (RTZ.) In der Stadt Raab wurde bei einer Stichwahl für die Nationalversammlung der sozialdemokratische Kandidat Malasits zum Abgeordneten gewählt.

Ein gran'amer Sexualverbrecher.

Berlin, 2. Juli. Wie die Blätter aus Hannover berichten, wurde die genannte Stadt und die Umgebung durch die Entdeckung eines furchtbaren Verbrechens in große Erregung versetzt. Auf einer Wiese am Leinesfluß in der Nähe von Hannover wurden nämlich fünf Menschen erschossen und ein Sechster mit Menschenknochen gefunden. Es war schon in Hannover aufgefallen, daß seit einiger Zeit eine ganze Anzahl junger Leute verschwunden waren. Jetzt wurde ein 45jähriger Händler Harman verhaftet, der zugegeben hat, seit dem Jahre 1918 in seiner Wohnung bei abnormalen Geschlechtsverkehr sieben junge Leute ermordet zu haben. Seinen Opfern habe er den Kopf abgeschnitten und sie dann in die Leine geworfen. In Hannover ist man der Ansicht, daß Harman noch weit mehr Opfer zugeschrieben sind.

Eisenzeitfund bei Prag. Zwischen der Schule und der Sokolturnhalle in Střekowitz bei Prag wurden bei Kanalisationsarbeiten eineinhalb Meter tief unter der Erde Reste einer Art Wohnstätte aus der Eisenzeit entdeckt. Man fand Knochen von Menschen, ein Reihweih, Scherben von Tongeräten und andere archäologisch interessante Reste. Die Funde wurden dem archäologischen Institute in Prag IV übergeben.

Antikriegs-Demonstrationen!

Den Bezirks-Organisationen wird nochmals zur Kenntnis gebracht, daß Referenzen für die Antikriegsdemonstrationen bei den Kreis-Organisationen anzufordern sind.

Partei sekretariat Prag.

Reform der Schankgesetzgebung.

Der Klub der Abgeordneten der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei hat vor kurzem einen von Genossen Dr. Solitscher ausgearbeiteten Initiativantrag überreicht, der die Bekämpfung des volksverderbenden Alkohols durch den Weg einer weitgehenden Einschränkung des Ausschankes und des Verkaufs berausender Getränke erreichen will; dieser Weg wurde in allen Staaten betreten, die ernstliche Anstrengungen gemacht haben, der durch den Kapitalismus zu bedrohlicher Höhe getriebenen Alkohollust einen Damm zu setzen; und er hat sich überall bewährt.

Einer der wichtigsten Leitgedanken des vorliegenden Entwurfes ist es, den Ausschank und den Verkauf der alkoholischen Getränke dem Privatinteresse zu entwinden und in die Hände öffentlicher, der demokratischen Kontrolle der wahlberechtigten Staatsbürger unterliegender Ämter zu legen, sie also, wie der jetzt landläufige, wenn auch keineswegs zutreffende Ausdruck lautet, zu „sozialisieren“. Als solche Ämter sind in erster Reihe die Gemeindevewaltungen in Aussicht genommen, die auf alle freiverwerbenden und nach den Bestimmungen des Gesetzes zulässigen Schankbewilligungen ein Vorkaufsrecht haben. Will die Gemeinde von diesem Rechte keinen Gebrauch machen, so tritt an ihre Stelle eine „gemeinnützige Gesellschaft“ (nach dem Vorbilde der in Schweden nach dem Göttinger System eingeführten Samslaggesellschaften), die die Bewilligungen erwerben darf. Sowohl Gemeinde als auch Gesellschaft dürfen aber nur das zur Verzinsung und Amortisierung des Kapitals Erforderliche, sowie die Betriebskosten für sich behalten; alle aus dem Alkoholvertrieb stammenden Gewinne müssen sie zur direkten und indirekten Bekämpfung des Alkohols verwenden, hauptsächlich alkoholfreie Volkshäuser, Büchereien, Vespallen, Turn- und Sportplätze, Bäder u. dgl. errichten; auf diese Weise soll der Alkohol sich selbst überflüssig machen. Dadurch, daß weder das Privatkapital noch die Gemeinde Interesse daran hat, daß getrunken wird, entfällt ein großer Teil der Verlockung, die jetzt durch die Wirte und deren Angestellte ausgeübt wird, die ja vom Alkoholvertrieb leben müssen.

Der zweite Leitgedanke ist die Verminderung der Alkoholschank- und Verkaufsstätten. Man kann annehmen, daß auf etwa 130 Röpfe eine Schankstätte entfällt, so daß 30 bis 40 Männer ein Wirtschaft erhalten müssen; dabei sind aber die zahllosen Flaschenbierabfüllungen, Kram- und Kaufläden, Konsumvereinsniederlagen, Delikatessenhandlungen usw., in denen Alkohol verkauft wird, noch gar nicht mitgerechnet. Es ist ein unverantwortlicher Unfug, daß auf je drei Häuser immer schon ein Alkoholvertrieb entfällt! Man ist eben aus fiskalischen Gründen bei der Verleihung von Konzessionen äußerst liberal vorgegangen; Verkauf in verschlossenen Gefäßen war und ist ja überhaupt nicht bewilligungspflichtig; und man nimmt es auch nicht so sehr genau, wenn sich in den Flaschenbierabfüllungen ein Winkelfleischchen entwickelt und hinter den „verschlossenen Gefäßen“ halb versteckt die „Stamperlin“ stehen.

Diesem eingerosteten Schlendrian, der unnenndbaren Schaden anrichtet, soll der Entwurf steuern. Zunächst verbietet er, daß alkoholische Getränke zusammen mit anderen Waren verkauft werden; denn das befördert nur den heimlichen Trunk und gibt zu zahllosen Mißständen Anlaß. Wozu auch? Und dazu kommt, daß durch dieses Verbot nur sehr geringe wirtschaftliche Schädigungen entstehen werden.

Weiters wird festgesetzt, daß es nicht mehr Alkoholschank- und Verkaufsstätten in einer Gemeinde geben darf, als dem Verhältnisse von 1:500 in Städten von mehr als 10.000 Einwohnern und von 1:400 in den kleineren Orten entspricht; man kann annehmen, daß dies durchschnittlich ein Drittel der jetzt bestehenden Schankkonzessionen sein wird. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Zahl durchaus hinreichend wird. Natürlich gilt dieser Schlüssel nur für Alkoholbewilligungen; Gasthöfe, Speisehallen, Erfrischungsstätten, Rastehäuser usw., in denen es keinen Al-

hol gibt, wird es auch dann in unbeschränkter Zahl geben dürfen.

Schließlich aber muß der mündigen Bevölkerung einer Gemeinde auch das Recht zustehen, sich vom Alkoholvertrieb im Gemeindegebiete vollständig zu befreien; das geschieht durch das dem amerikanischen, skandinavischen und schottischen Vorbilde entnommene Gemeindebestimmungsrecht, über das Genosse Dr. Lieben in diesen Spalten vor kurzem einen so lehrreichen Aufsatz veröffentlicht hat. Durch Abstimmung, die alle zehn Jahre wiederholt wird, entscheidet die wahlfähige Einwohnerschaft der Gemeinde darüber, ob die nach dem Verhältnisschlüssel zulässige Zahl von Bewilligungen verkleinert werden soll, ob diese Zahl noch weiter zu vermindern oder ob überhaupt keine Bewilligungen in der Gemeinde mehr verkleinert werden sollen. 55 Prozent der abgegebenen Stimmen müssen für eine Minderung sein, sonst bleibt es beim bestehenden Zustande. Kollegen aus der Slowakei haben mir versichert, daß sie eine solche Bestimmung für einen Segen anschauen würden und daß ein sehr beträchtlicher Teil der dortigen Gemeinden sich sehr bald „troden“ legen würde; sie leiden dazu sehr unter dem Alkoholismus! Aber die Regierung der Tschechoslowakischen Republik hat bisher noch keinen Finger gerührt, um diesem Unheil zu steuern; auch der Gewerbeordnungsentwurf für die Slowakei geht an diesem Lebensproblem achtlos vorbei.

Die Verleihung von Schankkonzessionen auf unbeschränkte Zeit, wie sie bisher üblich ist, muß natürlich fallen; der Entwurf sieht eine zwanzigjährige Bewilligungsdauer vor, da man annehmen kann, daß sich jedes in einen Betrieb eingebrachte Kapital nach 20 Jahren amortisiert hat. Da die allermeisten jetzt verliehenen Schankbewilligungen schon mehr als 20 Jahre bestehen, so würden sie sofort nach Inkrafttreten des Gesetzes verfallen; dies würde eine Härte gegen viele Wirte und Pächter bedeuten, die nicht instande wären, sich so rasch einen anderen Lebenserwerb zu suchen. Es ist daher vorzuziehen, daß die bestehenden Konzessionen, die länger als zehn Jahre in Kraft sind, noch zehn Jahre ausgeübt werden können; nur wenn sie durch den Tod des Konzessionsinhabers oder durch Niederlegung des Gewerbes frei wird, verfällt sie und darf nicht erneuert werden, so lange die Zahl der Bewilligungen den Bevölkerungsklüssel überschreitet. Natürlich dürfen bis dahin auch keine neuen Bewilligungen erteilt werden.

Dies sind die grundlegenden Bestimmungen der Gesetzesvorlage. Sie fußt auf den Erfahrungen, die in vorgeschrittenen Ländern gemacht worden sind, sie ist durchaus demokratisch und sucht den verderblichen Einfluß der fiskalischen Bürokratie auszuschalten, den Willen des Volkes zur Herrschaft zu bringen. Sie beinhaltet kein Verbot, keinen Zwang; wer trinken will, wird es auch nach Inkrafttreten des Gesetzes tun können. Es wird aber erzieherisch wirken und wird allmählich jene Zukunft wahrer Kultur, innerer Freiheit vorbereiten, in der die Völker Europas dem Beispiele der Amerikaner folgen und sich von dem gefährlichsten Volksgifte, vom Vernichter der Volksgesundheit, dem Volkswohlschleier durch freien, eigenen Entschluß gänzlich befreien werden.

Hört ihr es pochen...?

Hört ihr pochen die neue Zeit? — Habt ihr auf dahingleitender Straße schon die neue Zeit gesehen? Schüttelt nicht eure Häupter und verzagt, wenn ihr euren Geldbeutel schaut! Die neue Zeit geht um — — Seht ihr? — Sie schreitet!
Wendet eure Blicke von den prunkenden Auslagen der gleichenden Fenster — damit habt ihr nichts zu schaffen! — Wendet euren Blick von der guttühenden Krawatte und dem schiden Kleid. — All dies ist nicht das Glück der Menschen!
Weitet das lichtempfangende Auge und seht die Menschen; die rastlos und ziellos an euch vorbeistreichen. Seht ihnen tief, tief in die flackernden Augen und denkt!
Ihr seht den gebeugten Greis an der Straße

Unsere Kommunisten im Urteil der eigenen Leute.

Die breite Öffentlichkeit erfährt die Dinge, die sich auf dem kommunistischen Weltkongreß abspielen, nur durch die Berichte der kommunistischen Presse, also stark gedämpft. Aber selbst was dieser Dämpfer durchläßt, genügt. Die tschechoslowakische Partei, insbesondere die Herren Smeral und Kreibich, wurden von Sinowjew und von der eigenen Opposition ganz jämmerlich zerzaust, wie wir ja bereits berichteten. Den Vogel aber schloß, wie jetzt erst bekannt wird, der tschechoslowakische Delegierte Fried ab, dessen Rede, von den kommunistischen Pressenmachern fein abgetönt und feindlich, im Auszug der „Internationale“ und des „Vorwärts“ noch immer folgendermaßen lautet:

„Die KPC sei weit davon entfernt, eine bolschewistische Kampfpartei zu sein. Die Partei beschränke sich in den meisten Fällen auf Presseaktionen. Die an Verfassungsetzungen leidende Parlamentsfraktion besitze keine Verbindung mit Massenaktionen. In der Parlamentsfraktion lauten absurde Gedanken auf, wie beispielsweise der, den Völkerbund um die Durchführung der Autonomie Karpathenlands zu ersuchen. Unter den Arbeitslosen wurde keine Arbeit geleistet. Die unklare Vorstellung von der Einheitsfrontaktion ruft in manchen Bezirken Zusammenstöße mit der Sozialdemokratie hervor. In der Bauernfrage sei in letzter Zeit einiges geschehen, in der nationalen Frage dagegen gar nichts. Die Partei müsse sich endlich entscheiden, ob sie eine aufrichtige kommunistische oder bolschewistische Partei werden oder die gegenwärtige farblose, fragenausweichende Partei bleiben will.“

Keine bolschewistische Kampfpartei (also nicht revolutionär), nichts als Presseaktionen (also keine Tat), keine Verbindung mit Massenaktionen (also Führer-Diskutierklub), nichts für die Arbeitslosen, nichts in der nationalen Frage, absurde Gedanken, unklare Vorstellungen, alles in allem eine farblose, fragenausweichende Partei — uns dünkt, das ist eine komplette Hinrichtung der ganzen KPC. und ihrer Taktik, vorgenommen von einem Kongreßdelegierten der Partei selbst, der es für notwendig erachtete, die Exekution vor den Augen der Moskauer Internationale und angeht der ganzen Welt zu vollziehen. Da werden jetzt Smeral und Kreibich schon ganz gehörig vor Sinowjew schweißbedekt müssen, wenn sie nicht den Gnadenstoß der „Komitern“ erhalten wollen!

gehen und neben ihm schon das offene Grab. Sein Leben war Sorge, ziellose Arbeit, Hunger. Nun hat er keine Zukunft mehr und er haßt die neue Zeit denn auch die alte taugte nicht.

Ihr seht frohsprühende Männer eilig dahinschreiten — — ihr Gang gilt dem Rinde, der Frau und der Nahrung. Und sie hoffen ihre Gegenwart und lieben ihre Bequemlichkeit! — Und doch schleppen sie Berge Gesetze mit sich — schon geordnet nach Paragraphen oder auch nicht — — und immer, immer eilen sie ruhelos — — das Geld zu suchen! — Haben keine Kraft, die neue Zeit zu suchen!

Und ihr seht den barhäuptigen Jüngling stüchzig die Straße ziehen. Und in seinen Muskeln und in seinem Hirne liegt die erwachende neue Zeit!

Habt ihr die neue Zeit pochen gehört? Folget dem schlanken, geschmeidigen Jüngling! — Ziehete seine Straße und laufete seinem Gang und sehet seinen Tanz und höret auch das heiße, pochende Herz. Ihr entseht mit ihm den Steinfürgen der Stadt und findet euch wieder im freien, körnerreichenden Felde. Und der Jüngling breitet seine Arme und schaut empor zu den unsichtbaren Sternen in unendliche Fernen. In seinen Augen liegt die neue Zeit.

Die Paragrafenmauern sind ihm zu eng geworden, und er roß den Bütteln des Gesetzes, er trotz der Tradition und laut sich sein eigenes Land: die neue Zeit!

Und auf frischschwangerem Felde stehen viele Burtschen und Mädchen und sehnen sich nach dem Großen, dem Unbegrenzten, ihrem Gotte, der Freiheit!

Auf Gewohnheit, Bequemlichkeit und Weichlichkeit tanzen sie ihren lustigen Tanz und kämpfen wachsig gegen die alte Zeit.

Sie kämpfen bitteren Kampf gegen eigene Verweichlichung, eigene Lüge, eigene Heuchelei und streifen einengende Erziehung ab. Und nun sie selbst frei sind, verlangen sie Freiheit im Leben.

Neue Lebensformen wollen sie! — Abwerfen jene, die ihre Urbäter für ihre Zeit schufen. Und höher und höher steigt in ihren Augen die Welt. Mensch — Erde — Baum — Frucht — Sonne — Weltraum — — alles Natur, unzertrennlich verbunden, eines nichts ohne das andere. Es schafft in ihrem Gehirn die neue Zeit der Liebe! Oh! seid stolz auf eure Jugend, Genossen! In ihren Hirnen, ihren Muskeln ruht die freie, menschliche Zeit — — die sozialistische, neue Zeit.

Hört ihr sie pochen, die neue Zeit?

Alfred Blatau.

Der altägyptische Prolet und der Kapitalismus.

In der letzten erschienenen Broschüre von Max Adler „Die Kulturbedeutung des Sozialismus“ (Wien 1924 Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Preis Ks 2.50) welche die Einwände der ägyptischen Segner, wonach der Sozialismus keine Kulturbewegung sei, überzeugend zurückweist, ist unter anderem das folgende, zugleich amüsante und lehrreiche Kapitel:

Gewöhnlich brüftet sich das kapitalistische Zeitalter damit, wie herrlich weit wir es dank unserer Wissenschaft gebracht haben. Und in der Tat: stellen wir uns vor, daß ein ägyptischer, der seit seines Lebens auf Bestirung des Menschenlebens gehofft hatte, nachdem er über vierhundert Jahre in seiner Mumie geschlafen, wieder aufsteht und in einer unserer Städte herumgehen würde. Dann müßte er allerdings über das, was er da zu sehen bekäme, außer sich vor Staunen geraten. Er wäre sprachlos, wenn er auf der Straße Wagen dahinfahren sehen würde, wie er noch nie Wagen fahren gesehen hat, nämlich, ohne daß sie von Tieren oder Sklaven gezogen werden, oder wenn er gar über sich in den Lüften einen Aeroplan erblickte. Und wenn er dann in die Wohnungen der Besitzenden trat und dort sah, wie man nur einen Knopf an der Wand zu drehen braucht, um strahlendes Licht zu haben, wie man nur in einem Kasten einein spricht und aus demselben eine Antwort zurückbekommt, ja wie sogar aus einem Trichter Stimmen herausklingen, die über Meere und Länder weg uns berücken, was in der Ferner eben jetzt geschieht, dann würde er überwältigt ausruhen: „Wie herrlich weit habt ihr es gebracht, weit über alles das, was wir uns als göttliche Wundermacht vorgestellt haben.“ Und er würde staunend keinen Rundgang durch die Stadt fortsetzen. Wenn er aber dann an der nächsten Straßenecke einen Bettler stehen sähe oder ein Bettelweib mit zerlumpten, schlecht ernährten Kindern, würde er gar nicht erstaunt sein, denn das hat es schon zu seiner Zeit gegeben, 2000 Jahre vor Christi Geburt. Und wenn er dann in den äußeren Bezirken der Stadt leben würde, wie am Abend das Arbeitsvolk müde, schmutzig und abgezehrt aus den Fabriken strömt, in denen es den ganzen Tag gearbeitet hatte, während er zuvor in eben denselben Arbeitsstunden so viele gutgekleidete Menschen heiter und wohlgenährt in den Kaffeekäusern und Erholungsplätzen aller Art bei Unterhaltung und Lebensgenuss angetroffen hätte, da wäre er abermals gar nicht erstaunt, denn das alles hat es zu seiner Zeit auch schon gegeben. Auch 2000 Jahre vor Christi Geburt war der Lebensgenuss in Ernst und Spiel ein Vorrecht bloß der Besitzenden und mußte die große Masse zeitweilig schäufeln und leiden. Und der alte Ägypter würde enttäuscht ausruhen: „Es ist ja gar nicht wahr, daß ihr es weitgebracht habt und besser geworden seid als wir. Im Wesen hat sich ja nichts bei euch verändert, denn ihr habt noch genau so wie vor 2000 Jahren vor Christi Arme und Reiche, Herren und Knechte unter euch, ihr habt noch immer Ausbeutung und Unterdrückung, und noch immer ist das Leben für die übergroße Anzahl eurer Mitbürger nichts anderes als eine von Tag zu Tag mühselig weitergeschleppte Last. Da lehre ich lieber in meine Mumie zurück, statt unter den Wundern eurer Kultur noch mehr zu leiden.“

So müßte jede Vergangenheit über uns urteilen, und damit wird der Sinn des marxistischen Wortes deutlich: wir dürfen die alte Einteilung der Geschichte in Altertum, Mittelalter und Neuzeit nicht in der Weise verstehen, als ob damit ein Fortschritt im ganzen des menschlichen Daseins bezeichnet wäre. Es gilt vielmehr, zu erkennen, daß die vielgerühmte „Neuzeit“ durchaus kein Höhepunkt einer bereits wirklich zum Gemeingut gewordenen kulturellen Entwicklung ist, sondern, daß sie, bezogen auf das Lebensschicksal der Massen, mit Mittelalter und Altertum noch ein einziges Zeitalter darstellt: das Zeitalter der Ausbeutung von Menschen. Aus dieser Vorgeschichte endlich herauszuführen, durch Aufhebung des Jahrtausende alten Privateigentums an den Produktionsmitteln den Querschnitt zu verstopfen, aus dem immer wieder Not und Unterdrückung in den verschiedensten Formen hervorgegangen ist, durch Befreiung der kapitalistischen Gesellschaft die sozialistische zu begründen, als die wirtschaftliche Vorbedingung einer wirklichen menschlichen Solidarität — das ist die eigentliche Bedeutung der sozialistischen Arbeiterbewegung, das ist die Kulturbedeutung des Sozialismus.

Mit Panzerautos gegen ein Gefängnis.

Große Sträflingsrevolte in Kowno.

Königsberg, 1. Juli. Aus Kowno liegen Meldungen über eine ganze Sträflingsrevolte vor, die sich am Freitag nachmittag im Kownoer Zentralgefängnis ereignete. Die Sträflingsabteilung weigerte sich, den Spaziergang im Hof des Gefängnisses zu machen. Im Korridor überfiel die Abteilung die Gefängniswächter und entwaffnete sie. Mit den geraubten Waffen drangen dann die Sträflinge in die übrigen Räume des Gefängnisses und entwaffnete in kurzer Zeit die Gefängniswache und nahmen die Waffenlager ein. Während des Ueberfalls auf die Kanzlei gelang es einem der Beamten, dem auf der Straße stehenden Posten ein Signal zu geben. Unterdessen hatten 50 Sträflinge die Gefängnistore geöffnet und entflohen, einige mit ihren Ketten, zum Teil zur Station, zum Teil auf den sogenannten

Säulen Weg. Den letzteren gelang es die dort befindlichen Pferde des deutschen Bekannten einzufangen und weiter zu entfliehen. Die Zurückgebliebenen schloßen die Gefängnistore und beschossen mit Flinten und Revolvern bewaffnete die anrückenden Militärabteilungen aus ihren Zellenfenstern. Da das Kownoer Gefängnis sich im Zentrum der Stadt befindet, rief die Beschichtung unter den Einwohnern große Aufregung hervor. Das ganze Gefängnis bestand sich in zwei Stunden in den Händen der Aufständischen. Da das Gefängnis in einem offenen Angriff nicht eingenommen werden konnte, legte das Militär zwei Panzerautomobile mit Maschinengewehren und Schnellfeuer-geschütze in Tätigkeit. Schließlich, um 5 Uhr nachmittags gelang es dem Militär, in den Gefängnisthof einzudringen und den Aufstand zu liquidieren. Von den Gefangenen ist einer gefallen und von den Soldaten verwundet worden. Ein Teil der Entflohenen ist schon verhaftet worden. Da die Flüchtlinge fast alle gefährliche Verbrecher sind, wurden in die umliegenden Kownoer starke Militärabteilungen zur Ergreifung derselben entsandt. Unter den Flüchtlingen, die noch nicht ergriffen worden sind, sollen sich auch einige wegen Spionage zum Tode verurteilte Polen befinden.

Aus dem Gefängnis sind insgesamt 74 Verbrecher geflüchtet; mit Ausnahme eines politischen Verbrechers, sind alle kriminelle. Am selben Tage wurden 35 wieder eingetankt; einer wurde tot aufgefunden. Eine Untersuchung über die Ursache des Aufstandes ist eingeleitet worden.

Frauen als Verbrecherinnen.

Die Statistiken, die uns Aufschluss geben über die Verurteilung von Verbrechern, zeigen, daß Frauen viel seltener wie Männer Verbrechern begehen. In den Jahren vor dem Krieg waren von je 100 Verurteilten im Durchschnitt 15—20 weiblichen Geschlechts. Während des Krieges, als der größte Teil der Männer mittleren Alters zum Kriegsdienst eingezogen war, nahm der Anteil der Frauen an den Verurteilten zu. Allgemeine Statistiken über die Verurteilungen in den Nachkriegsjahren sind noch nicht veröffentlicht. Nur für Bayern wurden kürzlich einige Zahlen bekanntgegeben. Danach betrug der Anteil der Frauen an den Verurteilten im ersten Vierteljahr 1924 19 Prozent.

In der Hauptsache erfolgen die Verurteilungen von Frauen wegen Verbrechen, die sich aus der Mutterschaft (meistens der unehelichen) ergeben: Kindesmord, Aussetzung, Abtreibung. Ferner sind Raub, Diebstahl, Vergiftung, einfacher Diebstahl, Meineid und Verletzung fremder Geheimnisse die hauptsächlichsten Verbrechen oder Vergehen, bei denen auf 100 Verurteilte mehr wie 15 Prozent Frauen kommen. Bei allen Verbrechen der Gewalttätigkeit bleibt die Zahl der verurteilten Frauen naturgemäß noch bedeutend hinter dem Durchschnitt von 15 Prozent zurück. Der Alkoholgenuß, der so häufig Männer auf den Weg des Verbrechens treibt, spielt bei Frauen glücklicherweise längst nicht die gleiche Rolle. Die Zunahme der Zahl der erwerbstätigen Frauen war eher mit einem Rückgang als mit einer Zunahme der weiblichen Verurteilten verbunden.

Enthüllung des Gedenksteins für die Opfer von Jiddi. Am 20. Juli d. J. wird die Enthüllung des Steines, der die Radwelt ständig an das Schicksal der Arbeitsklaven — die am 3. Mai 1894 erschossen wurden — erinnern soll, vorgenommen werden. In dieser Feierlichkeit soll sich auch der Protest des westböhmischen Proletariates gegen das kapitalistische Herrschaftssystem der Gewalt ausdrücken; der 20. Juli soll aber auch ein Tag des Ausdruckes der proletarischen Solidarität werden, da das Proletariat sich zu dieser Feier in Massen einfinden wird.

3073 tschechoslowakische Staatsangehörige dürfen im nächsten Jahr nach Amerika auswandern. Der Präsident der Vereinigten Staaten Coolidge hat bekanntgegeben, daß bis Ende Juli nächsten Jahres insgesamt 162.000 gegen 358.000 Personen im Vorjahre zur Einwanderung zugelassen werden. Es dürfen u. a. einwandern, aus der Tschechoslowakei 3073 gegen 14.367 im Vorjahre, aus Deutschland 51.227 gegen 160.607 im Vorjahre, aus Österreich 785 gegen 7342 im Vorjahre und aus Polen 5392 gegen 39.978 im Vorjahre. Auch alle anderen Länder erfahren sehr starke Herabsetzungen. Die tschechoslowakische Quote ist um 1200 Personen höher, als ursprünglich in Aussicht genommen war. Außerdem ist den außer der Quote zugelassenen Personen die Einwanderungsbewilligung ermöglicht, und zwar sind dies: Ledige Kinder amerikanischer Staatsbürger bis zum 18. Lebensjahr oder Frauen amerikanischer Staatsbürger, nämlich in Amerika ange-siedelte fremde Staatsbürger, die nach einem vorübergehenden Aufenthalt im Auslande nach Amerika zurückkehren, Geistliche, Hochschulpromovierten u. ihre Frauen und Kinder bis zum 18. Lebensjahr, Geschäfte- und Vergnügungstouristen, Hochschulkandidaten, älter als 15 Jahre, die sich ausweisen können, daß sie auf einer amerikanischen Hochschule immatrikuliert sind. Zu dieser Reiseerlaubnis ist eine besondere Bewilligung der maßgebenden amerikanischen Behörde wie auch des amerikanischen Konsulats erforderlich.

Ein keltames Eheverbot. Das Professorenkollegium an der tschechischen medizinischen Fakultät in Prag hat beschlossen, daß jeder Assistent vor seiner Ernennung dem Vorstande der

Klinik einen Revers ausstellen muß, daß er bei Erlangung der Assistentenstelle in absehbarer Zeit nicht in den Ehestand trete. Die junge Arztgeneration hat über diesen Beschluß in der letzten Ausschußsitzung beraten; sie hält ihn für eine Einschränkung der Freiheit der akademischen Bürger. Es wurde beschlossen, eine Aufhebung des Eheverbotes für klinische Assistenten zu fordern.

Haus der Arbeit. Zur Beachtung! Alle Zuschriften, welche die Ausstellung „Haus der Arbeit“ betreffen, sind zu richten: Haus der Arbeit (Ausstellung für Kultur und Wirtschaft Aulfig 1924), Geschäftsleiter Genosse Edmund Prohaska in Aulfig, Ausstellungsplatz.

Blöß 18 Monate Gefängnis für einen Arbeitermord. In der Verhandlung gegen den Kaufmann Karl Tepe, der bekanntlich in der Nacht der Reichstagswahlen den Arbeiter Gedke erschossen hatte, wurde Dienstag in Berlin der Angeklagte wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang zu einem Jahre sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Dem Angeklagten wurde als mildernder Umstand eingerechnet, daß er geglaubt hatte, sich in Butatitz-Notwehr zu befinden. Auch wurde dem Angeklagten die allgemeine Erregung in der Zeit des Wahlkampfes zugute gehalten.

Die Kommunistenhege in Deutschland. Die Abteilung 1a der Berliner Polizei (politische Polizei) verhaftete den Kraftwagenführer Walter Benzmann aus Berlin-Wilmersdorf, der beim kommunistischen Anschlag auf die Teilnehmer an der Denkmalsweiheung des Regiments der Garde du corps eine führende Rolle spielte.

Die russische Handelsvertretung in Berlin liquidiert. Die Leitung der russischen Handelsvertretung in Berlin hat 60 Angestellte entlassen und zwölf nach anderen Ländern versetzt. Ein Tagesbefehl der Leitung der russischen Handelsvertretung sagt: da der deutsch-russische Konflikt bis zum 1. Juli nicht beigelegt wurde, könne die Handelsvertretung ihre Arbeit nur auf die Liquidation einstellen und sämtliche Angestellte, abgesehen von den 250 schon Entlassenen, seien nur für die Frist eines Monats zur Abwicklung der Liquidationsgeschäfte vorläufig angestellt.

Radio und Arbeiterschaft in Oesterreich. Die Bedeutung der Radiobewegung für die Arbeiterschaft hat dem freien Radiobund in Oesterreich in wenigen Wochen große Massen organisierter Arbeiter zugeführt. Einen guten Eindruck in die Größe dieser Bewegung hat Sonntag die Hauptversammlung dieses Vereines, die in Wien abgehalten wurde. Aus dem Bericht des Obmannes Stanz ist zu ersehen, daß der freie Radiobund schon mehr als dreißig Ortsgruppen mit etwa 3000 Mitgliedern hat, in der Frage der gesetzlichen Regelung des Radiowesens eingegriffen hat und auf bedeutende Erfolge bei dem Bestreben, den Mitgliedern die Beschaffung billiger Apparate zu ermöglichen, hinweisen kann. Zu diesem Zwecke strebt der Bund die Gründung einer Organisation an, die als Einkaufsgenossenschaft billigere Bestandteile beschaffen soll. Der Verein gibt nun auch ein eigenes Mitteilungsblatt für die Mitglieder heraus und er hat Normaltypen billiger und handlicher Apparate geschaffen, die von den meisten Arbeitenden erstanden werden können. Als Vertreter der Gemeinde Wien erklärte Hofrat Stern, daß die Gemeinde Wien nicht einverstanden war, daß der Radioverkehrs-gesellschaft für dreißig Jahre ein Monopol verliehen werde. Die Gemeinde versuchte zu retten, was möglich war. Sie hat es schwer durchgesetzt, daß ihr ein gebührender Einfluß in diesem Unternehmen eingeräumt werde. Leider hat die Postdirektion es bisher verzögert, daß der Radiodienst zustandekommt. Die vorgebrachten Wünsche wegen der Gebühren für den Empfang des amtlichen Senders haben noch keine volle Erledigung gefunden. Man plant für die wenigen Bemittelten monatlich etwa anderthalb Goldkronen (also 20.000 Kronen) einzusetzen. Es dreht sich noch darum, den Wunsch der Post nach der Konzession für den Besitz von Radioparaten zu beseitigen. Am Schlusse der Tagung wurde eine Resolution über das Radiogeschäft mit den Forderungen des Radiobundes beschlossen, die eine freiheitliche Regelung des Gebrauchs von Radioparaten verlangt.

Rehabilitierung Hocheneggs. Der Wiener Magistrat als politische Landesbehörde hat das von der Wiener Kammer gegen Prof. Hochenegg er-flossene ehrenrätliche Erkenntnis, demzufolge Hochenegg mit der Entziehung des Wahlrechtes in die Kammer aus der Dauer von drei Jahren und mit der Auserlegung des Kosteneslapes in der Höhe von 500.000 K bestraft worden war, wegen mangelhaften Verfahrens aufgehoben. Gegen diese Entscheidung gibt es keine Rechtsmittel.

Eine durch Regengüsse unterhöhlte Ortshaus. Aus Chemnitz wird gemeldet: Im benachbarten Delitzsch steht infolge der außerordentlich starken Regengüsse am Sonntag und Montag der ganze mittlere Stadtteil unter Wasser. Da der Ort durch die große Schachthanlage untergraben ist und dieser Stadtteil eine erhebliche Senkung erfahren hat, sammelten sich die Wassermassen in der Nähe des Meißnerufes, dessen Umgebung einem See gleicht. Jeder Verkehr ist unmöglich. Infolge der Erdstöße zeigen die Häuser große Risse, und die Schachtverwaltung hat sich gezwungen gesehen, die Bewohner zum baldigen Verlassen der Wohnungen aufzufordern. Es

ist zu befürchten, daß der gefährdete Stadtteil eines Tages vom Erdboden verschwindet. Weitere Senkungen wurden an der Bahnlinie Stollberg bis St. Egidien konstatiert. Es wird mit allen Kräften daran gearbeitet, weitere Senkungen zu verhüten.

Kindermord aus Not. Der aus Oberschlesien ausgewanderte Pastarbeiter Ernst Hunger und dessen Frau, die sich im Elend niederlassen wollten, gerieten auf der Wandererschaft durch Deutschland in die größte Not. Da ihr sieben Monate altes Kind unter den Entbehrungen am meisten zu leiden hatte, beschloßen die Eltern, es zu töten, und legten es im Dezember 1923 in ein Feld, wo es später erstoren aufgefunden wurde. Das Schwurgericht Braunschweig verurteilte die beiden Eltern zum Tode, beschloß jedoch mit Rücksicht auf die traurigen Umstände ein Begnadigungsgesuch für die beiden Verurteilten einzureichen.

Das vergebliche Suchen nach Raitcettis Leiche. Infolge der Erfolglosigkeit der Nachforschungen am Vicosce düstern wahrscheinlich die Carabinieri den See verlassen. Die Verhäre werden fortgesetzt. Man hofft auf diesem Wege zu erfahren, wo sich der Leichnam Raitcettis befindet.

Ein Kleinfantrott in Rom. Das Gericht hat das Ansuchen der Firma Pantaleoni, deren Anhaber ein Sohn des Senators gleichen Namens ist, um Einleitung des Ausgleichsverfahrens genehmigt. Die Firma bietet bei einem Defizit von zwölf Millionen Lire 50 Prozent.

Anklage gegen Radie. Wie aus Agram berichtet wird, bereitet der dortige Gerichtshof über Weisung der Regierung eine umfangreiche Anklage gegen Radie, gegen das Präsidium der kroatischen republikanischen Bauernpartei, sowie gegen eine Anzahl kroatischer Abgeordneter wegen Hochverrats vor. Radie und Genossen wird zur Last gelegt, daß sie in politischen Reden, die sie noch im Jahre 1921 in verschiedenen Versammlungen hielten, sowie in Zusammenkünften mit den Delegierten der bulgarisch-mazedonischen revolutionären Komitees sich des Verrats gegen den Staat schuldig gemacht haben, weshalb der Gerichtshof die Auslieferung der betreffenden Abgeordneten verlangen wird.

Für eine friedliche Einigung in Jugoslawien. Der von seiner Agitationsreise durch Kroatien, Dalmatien und Bosnien zurückgekehrte Führer des oppositionellen Blocks Davidovic stellt in einer Erklärung fest, daß die Bevölkerung dieser Gebiete mit der größten Entschiedenheit für eine friedliche Verständigung mit den Serben in Serbien eintrete. Es sei jedoch unumgänglich notwendig, daß man in Belgrad den Bedürfnissen des Volkes ohne parteiliche Voreingenommenheit entgegenkomme. In dieser Hinsicht sei in hohem Grade Dalmatien vernachlässigt, dessen Bevölkerung, namentlich die Familien der zahlreichen Arbeitslosen, notleidend seien.

166 Selbstmorde in einem Monat. „Az Ujsag“ meldet, daß im Monate Juni in Budapest 116 Selbstmorde begangen worden sind, während im Monate Mai 108 Selbstmorde verübt wurden.

Kleine Nachrichten aus Sowjetrußland. Der Zentralauschuß der russischen kommunistischen Partei hat beschlossen, bewährten Bauernlehrern den Eintritt in die kommunistische Partei zu erleichtern, indem er sie so zur Mitarbeit beim Aufbau des Sowjetstaates bewegen will. Er beschloß, etwa 1000 Lehrer auf Empfehlung der Kommunisten, die wenigstens drei Jahre in der Partei sind, in die Partei aufzunehmen. — Der „Zentrososus“ (Zentrale der genossenschaftlichen Verbände) trifft Maßnahmen für die Belieferung der Bauernbevölkerung mit landwirtschaftlichen Maschinen im Werte von fünf Millionen Goldrubel. Die Maschinen werden auf Kredit geliefert und müssen in zwei Jahren bezahlt werden. — Bei der sorben in Moskau begonnenen Ziehung der staatlichen sechsprozentigen Goldanleihe werden in erster Reihe die Gewinne zu 20 Goldrubel gezogen. — In einer Beratung der Vertreter der Schulen für die politische Erziehung der Mitglieder der kommunistischen Partei in der Ukraine, wurde festgestellt, daß die materielle Lage der Schulen sich bedeutend gebessert hat. Die Mittel für die Verforgung der Hörer haben sich vermehrt. Die Schüler werden künftig eine Subvention von 20 Goldrubel monatlich erhalten, die vergrößert wird für jene Hörer, die große Familien haben. — Der Vorstehende des Rates der Volkskommisäre in der turkistanischen Sowjetrepublik teilt mit, daß der Wert der landwirtschaftlichen Produktion in Turkestan in diesem Jahre 20 Millionen Goldrubel gegenüber 150 Millionen im Vorjahre betragen wird. Die bebauten Fläche in Turkestan war heuer um 120.000 Desjatinen größer und die Zahl des Viehes ist auf neun Millionen Stück gegen sechsseinhalb Millionen im Vorjahre gestiegen.

Die internationale Konferenz für Rettungswesen zur See in London hat eine Einrichtungsangewandten, die sich für die Gründung einer internationalen Organisation entsprechend dem Vorbilde der Gesellschaft „Rotes Kreuz“ ausspricht. Die Resolution wird an den Völkerverbund gefendet werden.

Fiume—Wien und Budapest radiotelegraphisch. Die Fiumaner Radiogesellschaft hat mit Ermächtigung der italienischen Regierung den radiotelegraphischen Dienst mit Wien und Budapest aufgenommen.

Amerika und Sowjetrußland: das Verhältnis unverändert. Im Weißen Hause wird nach einer Probosmeltung erklärt, der Stadtpunkt Amerikas den Sowjets gegenüber sei unverändert.

Postkongress in Stockholm. Die Hauptfragen, welche auf dem Postkongress in Stockholm zur Verhandlung gelangen werden, bilden die Vereinheitlichung der internationalen Post- und Transitgebühren, wie auch die Verfestigung der Postpflichtigen Waren mit der Briefpost. Der Führer der britischen Delegation General Williamson erklärte in einem Interview, er halte die Einführung gleicher Postgebühren nicht für möglich, weil die jetzigen Verhältnisse noch allzu unsicher sind, sei aber der Ansicht, daß eine Herabsetzung der Transitgebühren möglich ist.

Das englische Oberhaus und die Kriegsabgaben der Zukunft. Das Oberhaus hat eine Regierungsvorlage abgelehnt, die bereits vom Unterhause angenommen war und die gewissen Kriegsabgaben der Industrie, die von den Gerichten für ungerecht erklärt worden sind, Günstigkeit verschaffen soll. Es handelt sich um 18 Millionen Pfund. So lange kein entsprechendes Gesetz angenommen ist, haben die betroffenen Industriezweige das Recht, die Regierung zivilrechtlich auf Rückstattung des Kapitals zu klagen, wie dies bereits wiederholt geschehen ist. Das Gesetz kann nunmehr erst im Jahre 1925 wieder eingebracht werden.

Der ewige Guirrellkrieg in Spanisch-Marokko. Der „Matin“ meldet aus Tanger, daß in der Gegend von Tetuan die Situation sich zuspitzt habe. Bedeutende Kräfte der Rifstämme haben einen starken Druck auf die vorgerückten Linien der Spanier ausgeübt. Es wurden Verstärkungen in den Sektor von Melilla geschickt. Der allgemeine Eindruck ist der, daß die gegenwärtige Offensive der Rifstämme von den Kräften Marokkos unterstützt werde.

U-Boote als Schmugglerkäse. Die Blätter berichten aus New York: Amerikanische Flieger, die Aufnahmen des Hudsonflusses machten, stellten das Vorhandensein von zwei Unterseebooten fest, die sich in der Richtung von Sing Sing bewegten. Auf den photographischen Platten konnten genau die Periscope der Unterseeboote festgestellt werden. Das Marineministerium ist der Ansicht, daß es sich um ein Unterseeboot handeln könne, die nicht der Marine gehören und ein Teil der Spritt-Schmuggelflotte sind.

Amundsen Nordpolflug. Locatelli erklärt in der „Tribuna“, die für die Amundsen-Expedition bereitgestellten Apparate seien nicht genügend ausgerüstet, um eine so weite Strecke zu durchfliegen. Sie könnten sich höchstens 1800 Kilometer mit eigenen Mitteln in der Luft halten. Von Spitzbergen bis zum Nordpol seien es schon 1000 Kilometer und man müsse noch an die Rückfahrt denken. Der Flug müßte Ende Juli spätestens Anfang August erfolgen. Locatelli bezweifelt, daß Amundsen mitfahren, da man mit der Belastung sparen müsse und er höchstens einen Piloten und einen Maschinisten mitnehmen könne. Er sei dafür, das Wagnis zu unternehmen, aber die technischen und organisatorischen Möglichkeiten müßten geprüft werden.

Zur Ermordung des Korrespondenten Dr. Dehaan. Wie das Reutersbüro zu der Ermordung des israelischen Führers und Korrespondenten eines Londoner Blattes, Dr. Dehaan, berichtend mitteilt, wurde der Genannte im jüdischen Viertel von Jerusalem (nicht Kairo) erschossen.

General Smuts ist, wie aus Kapstadt gemeldet wird, im Wahlkreis Standerton ins Parlament gewählt worden. Ein Gegenkandidat war nicht vorhanden.

Demission des chinesischen Kabinetts. Gavas meldet aus Peking: Das Kabinett hat demissioniert.

Die japanisch-amerikanische Vernehmung. Nach einer Mitteilung der Londoner japanischen Botschaft ist Dienstag ein junger Mann in das Grundstück eingedrungen, wo früher die durch das Erdbeben zerstörte amerikanische Botschaft in Tokio stand. Hat die amerikanische Flagge vom Freggenmast heruntergeholt und ist mit ihr entkommen. Der Täter wurde von mehreren japanischen Polizeibeamten verfolgt, ohne daß jedoch seine Festnahme gelang. Die japanischen Behörden setzen die Nachforschungen eifrig fort.

Eine Gebentafel für den Erfinder des Leuchtgases. In Paris wurde an einem alten Teil des Spitals Saint-Louis eine Gedenktafel eingeweiht, die daran erinnert, daß hier 1818 die erste brennende Gasfabrik der Stadt funktioniert hat, der dann 1824 die Gründung von Aktiengesellschaften folgte. Es wird daran erinnert, daß der Erfinder des Leuchtgases, Philippe Lebon, seine Versuche 1797 begonnen, sich dann aber der Feindseligkeit der Oel- und Kerzenverkäufer gegenüber gesehen hat und endlich ein tragisches Ende fand. Am 2. Dezember 1804 am Tage der Krönung Napoleons zum Kaiser. Man erzählt, Lebon habe Napoleon zum Verwechseln ähnlich gesehen und die Dolchstiche, die ihn in den Champs Elysees trafen, hätten dem Kaiser geortet. Die Erklärung aber ist wohl kaum stichhaltig, und es ist in der Welt eher eine Nachahmung der Oel- und Kerzenkonkurrenten zu sehen. Die Witwe Lebons führte die Versuche weiter: die industrielle Verwertung der Erfindung aber fiel den Engländern zu. 1822 machte man in der bomanischen Oper einen Versuch mit der neuen Beleuchtung (zufällig gerweise fand am dem betreffenden Abend die Premiere der „Campe merveil leuse“ („Die wunderbare Lampe“) statt und hatte viel zu tun um Sängerinnen und Ballettbeuten, die um ihren Teint bangten, zu beruhigen.

Todesurteil zweier Touristen. Aus Kumühl im Müritze (Steiermark) wird berichtet: Die Arbeiter Franz Diegruber, Roman und Franz

Schall unternahmen eine Bergtour auf die Hinteralm beim „Toten Weib“. Dabei stürzten Franz Diegruber und Roman Schall ab und blieben auf der Stelle tot liegen, während Franz Schall mit dem bloßen Schrecken davongekommen ist.

Eine wirkliche Felsental. 360 Passagiere des Dampfers „Empress“, der von Kanada aus auf einer Weltreise begriffen ist, waren kürzlich Zeugen einer atemberaubenden Felsental bei dem unerwarteten Ausbruch des berühmten Vulkans Kilauea auf Hawaii. Die Touristen umstanden in weitem Umkreise den äußersten Kratertrand, als mit ohrenbetäubendem Krach eine Eruption begann. Ein junger Mann, Geoffrey Bushby aus Kalifornien, hatte sich bis dicht an die Krateröffnung vorgewagt, und die ersten Zuschauer sahen ihn in den Abgrund versinken. Im nächsten Augenblick sah man ihn wieder auf die Füße kommen. Durch die fließende Lava bahnte er sich einen Weg, während von oben ein Regen- und Steinregen ihn bedrohte. Am Fuße eines Felsens, den er hinaufgeklettert war, blieb er erschöpft liegen. Kurz vor dem Ausbruch war er noch in Begleitung des Präsidenten Curtis von der Curtis Lighting Company in Chicago und New York. Mister Curtis hatte am Rande des Kraters, um photographische Aufnahmen zu machen, halt gemacht. Durch den schwarzen Rauch, der jetzt das große Amphitheater der Naturkräfte überzog, sahen die verängstigten Zuschauer, wie er sich eine Gasse zu dem Verunglückten bahnte. Trotzdem Curtis ein Mann von nahezu 60 Jahren war, hob er den jungen Bushby auf die Schulter und begann mit der schweren Last durch den Schwefeldampf und nicht abnehmend des Steinschlags in die Höhe zu klettern. Ein junger hawaiischer Soldat und der Kapitän Kruse ließen ihm unter Todesverachtung entgegen, und so gelang es mit vereinten Kräften, beide in Sicherheit zu bringen.

Witterungsbericht vom 2. Juli. Im Laufe des Dienstag kamen unter dem Einfluß einer Randstörung Gewitter in allen Teilen der Republik zum Ausbruch. Stärkere Niederschläge fielen, soweit Meldungen vorliegen, in Sudweis 23, Raschau 24 und Olmütz 14 Millimeter. Eine neue Depression, die vom atlantischen Ozean östlich vorrückt, erreichte Mittwoch früh Irland. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Unbeständig, Gewitterneigung.

Gerichtssaal. Der Benzinprozeß.

Prag, 2. Juni. Das Verhör Nejedly's, das den ganzen Vormittag in Anspruch nahm, gestaltete sich vielfach interessant. Nejedly gab zu, seine Aussagen vor dem Strafgericht nicht in allem aufrecht erhalten zu können, da er sich dort als Angeklagter habe decken müssen, und verweigert namentlich die Antwort darauf, ob er dem Obersten Adam die 55.000 K., die er dem Kolben anrechnete, auch wirklich ausbezahlt habe. Auch vor der gefährlichen Drohung Adams scheint er sich nicht sonderlich gefürchtet zu haben. Der Uebereifer der Spionageabweilung unter der Leitung des Obersten Soukup wird durch Nejedly's Behauptung, Soukup habe Adam unbedingt in die Affäre verwickeln wollen, nicht gerade günstig beleuchtet.

Zu Beginn seines Verhörs polemisiert Nejedly zunächst dagegen, daß er in derselben Sache als Angeklagter und als Zeuge vernommen werde. Er könne sich vorstellen, welchen Wert seine Aussagen haben würden, zumal von ihm behauptet werde, er sei wegen Erpressung bestraft und habe die Genossenschaftsbank bestohlen. Er erklärt: Ich bin vorbestraft. Vor 15 Jahren wurde ich wegen Ehrenbeleidigung im Kampf der Klubnoer Arbeiter gegen die Prager Eisenindustrie-Gesellschaft bestraft und ich schäme mich dessen nicht. Es war dies ein Kampf um eine gerechte Sache.

Ueber sein Verhältnis zu Adam gibt er an, daß er schon während des Krieges die Unparteilichkeit und Unberechenbarkeit Adams habe rühmend hören und daher sehr erfreut war, als er ihn im Jahre 1921 persönlich kennen lernte. Doch habe ihn später niemand so schwer beleidigt wie Adam und damit sei auch die Frage beantwortet, ob er Adam feindselig gesinnt sei. Er schildert nun ausführlich, wie er Adam, der mit seiner Stellung unzufrieden war, gerne für eine zu gründende Handels-Gesellschaft gewonnen hätte, da er ein guter Jurist und seine Frau überdies sehr reich war. Später habe ihm Adam gesagt, daß das Verteidigungsministerium Benzin brauche und daß er sich an Doubela wenden solle. Dieser hätte ihn bei einer Vorprache scharf zurückgewiesen, sei darauf in seine Privatwohnung gekommen und habe ihm die bittersten Vorwürfe gemacht. Sonst habe er Doubela nicht gesehen.

Ausführlich sprach er sodann über seine Bemühungen, die Vorrangstellung der Firma Stranulat zu beseitigen und sagt dann, man hätte über die Benzinlieferungen gelacht. Man sei vielfach in die nächste Apotheke gegangen, habe dort eine Flasche Benzin gekauft und sie dem Benzinoffert als Muster beigelegt.

Auf wiederholte Fragen des Vorsitzenden, ob Adam an ihn irgendwelche Forderungen gestellt habe, erklärt der Zeuge, er habe es für seine Pflicht gehalten, Adam an seinem Gewinne partizipieren zu lassen. Er könne jedoch wegen seines noch schwebenden Streites mit Kolben nicht näher darauf eingehen. Auf die Fragen nach dem Zusammenhange Adams mit den Provisionen verweigert er meist die Antwort; insbesondere darüber, ob er Adam die 55.000 K., die er auf

Grund seines Provisionsbriefes von Otto Kolben erhielt, auch ausbezahlt habe, lehnt er eine Auskunft ab. Doubela habe er nie einen günstigen Einfluß auf seine Lieferungen zugeschrieben, sondern angenommen, daß sein Einschreiten bei Masch das Monopol des Stranulat durchbrochen habe, denn Doubela habe ihm gegenüber nie Sympathie an den Tag gelegt.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob Oberst Adam ihm seinerzeit mit Erschießen gedroht habe, erläutert der Zeuge die Umstände, unter denen jene Unterredung vor sich ging, und erklärt, Adam hätte nur behauptet, wenn ihn da jemand unschuldig in diese Sache hineinziehe, dann könnte er etwas derartiges tun. Furcht habe er vor Adam nicht gehabt.

Ein etwas merkwürdiges Licht werfen seine weiteren Aussagen auf den Oberstleutnant Soukup, der ihm gesagt haben soll, er müsse den Adam ins Kriminal bekommen wie seinerzeit den Baeran. Soukup hätte ihn gedrängt, den provozierenden Brief an Adam zu schreiben und sollte ihn dann, um auf Nejedly seinen Verdacht fallen zu lassen, dem Nejedly durch seinen Vertrauten Bruza aus der Tasche stehlen lassen. Soukup wollte auch, daß Nejedly den Adam in seinen Privatstübchen hineinziehe, und versprach ihm für diesen Fall Straflosigkeit.

Ueber den Angeklagten Oberleutnant Polorny sagt Zeuge aus, daß er ihm als Kameraden die und da ein Essen gegessen, aber auf Gegenleistungen nicht gerechnet habe, da er genau wußte, daß Polorny keinen Einfluß hatte und auch nicht haben konnte.

Der Militärprokurator beantragt sodann, Dr. Trajnar als Zeugen über die erwähnte Aeußerung Soukups einvernehmen zu lassen.

Der Verteidiger Adams beantragt, die Klage gegen Adam wegen gefährlicher Drohung mit Rücksicht auf diese Aussagen Nejedly's zurückzuziehen und ihn aus der Haft zu entlassen. Samstag wird sich die Kammer mit diesen Anträgen zu befassen haben.

Volkswirtschaft.

II. Gewerkschaftskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Tschechoslowakei.

Die Zentralgewerkschaftskommission des Deutschen Gewerkschaftsbundes beruft im Einvernehmen mit der Vorstandskonferenz den

II. ordentlichen Gewerkschaftskongress für die Zeit vom 14. bis 18. September 1924 nach Karlsbad ein. Beginn und Tagungs- ort werden später genannt.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Eröffnung und Konstituierung des Kongresses;
2. Berichte der Zentralgewerkschaftskommission;
3. Die Wirtschaftslage in der Tschechoslowakei und die Gewerkschaften;
4. Ausbau der Organisation;
5. Die staatliche Arbeitslosenfürsorge und das Gesetz vom 19. Juli 1921 (Center System);
6. Die Sozialpolitik in der Tschechoslowakei.
7. Arbeiter- und Angestelltenrecht.
8. Wahlen;
9. Angelegenheiten, welche bei den vorhergehenden Punkten nicht erledigt werden konnten.

Die Anmeldungen der Delegierten haben bis 15. August bestimmt zu erfolgen.

Anträge für den Gewerkschaftskongress sind bis zum gleichen Datum an das Sekretariat der Zentralgewerkschaftskommission Reichenberg, Färbergasse 1, 2. Stod., einzusenden, wenn sie von den Berichterstattern zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung behandelt werden sollen.

Die Zentralgewerkschaftskommission ladet hiermit die zuständigen Organisationen ein, auf Grund der Bestimmungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes ihre Vertreter zu wählen und erwartet, daß der Gewerkschaftskongress vollzählig besetzt wird.

Reichenberg, im Juni 1924.

Zentralgewerkschaftskommission
des Deutschen Gewerkschaftsbundes
in der Tschechoslowakei.

Die veränderte Stellung der russischen Gewerkschaften: In dem jüngst erschienenen Buch des Internationalen Arbeitsamtes über die Arbeiterverhältnisse in Rußland wird die veränderte Rolle der Gewerkschaften unter dem Regime der „Neuen Wirtschaftspolitik“ (Nep) eingehend geschildert. In dem die Betriebe auf kaufmännischer Grundlage umgestaltet wurden und an Stelle des Arbeitszwanges die freie Einstellung der Arbeiter durch die — staatlichen oder privaten — Unternehmer trat, wurden sowohl die organisierten als die unorganisierten Arbeiter in den Wirkungsbereich der Gewerkschaften einbezogen. Früher war jeder Arbeiter unabhängig auch Mitglied der Gewerkschaft und die Gewerkschaftsbeiträge wurden von den Unternehmern bezahlt, wenn auch diese mit den Beiträgen infolge der schlechten Verhältnisse in der Regel im Rückstand blieben. Gegenwärtig erfolgt der Beitritt zur Gewerkschaft aus freien Stücken (nur der einzelne Betrieb kann durch Stimmenmehrheit den zwangsweisen Eintritt fordern) und das Mitglied muß selbst die Beiträge zahlen. (In der Regel 2 Prozent des Lohnes.) Infolge dieser Veränderung ist die Mitgliederzahl zunächst rapid gesunken, von 8,4 Millionen Mitte 1921 auf 4,4 Millionen Ende 1922.

1923 ist wieder eine Steigerung der Mitgliederzahl eingetreten. Die finanzielle Lage der Gewerkschaften ist infolge der andauernden Geldentwertung und der unregelmäßigen Einkünfte sehr ungünstig, es mußte ein drastischer Abbau der Gewerkschaftsfunktionen — deren Zahl allerdings übermäßig hoch war — durchgeführt werden. Die Umstellung auf kaufmännische Basis hat die Rolle der Gewerkschaften bei der Leitung und Kontrolle der Produktion zurückgedrängt. Ihr erwachsen aber zwei andere Aufgaben, die sich aus der Einführung des freien Arbeitsvertrages zwischen Unternehmer und Arbeiter ergaben: die Abschließung von Kollektivverträgen und die Teilnahme an der Schlichtung von Arbeitskonflikten. Beide Einrichtungen wurden 1922 ins Leben gerufen. Im Jahre 1923 haben die Gewerkschaften Tarifverträge mit Staatsunternehmungen (42,6 Prozent) und Privatunternehmungen (44,5 Prozent) und Genossenschaften (13 Prozent) abgeschlossen. Neun Zehntel der von den Tarifverträgen erfassten Arbeiter sind in den sozialistischen Betrieben (Staatstrusts) beschäftigt. Die Zahl der Arbeitskonflikte ist ständig im Steigen, sie haben im Jahre 1922 mehr als dreieinhalb Millionen Arbeiter betroffen. Allein in Moskau und Leningrad (Petersburg) im Jahre 1922 600.000 und im ersten Quartal 1923 200.000. Außer dieser Tätigkeit liegt den Gewerkschaften die Beobachtung und Kontrolle der Durchführung der sozialpolitischen Gesetze ob, besonders in Bezug auf die Gewerbedeufst, Arbeitszeit, Überstunden, Nachtarbeit, Jugend- und Frauenchutz, Urlaubszeit usw.

„Der Zusammenbruch des Tschechoslowakischen sozialdemokratischen Angestelltenverbandes“

Daß die Grundfrage beginnen und die Sonnenhitze schon in verschiedenen Gehirnen Verheerungen angerichtet hat, sieht man deutlich, wenn man die Palenkreuzerprozesse liest. Obwohl wir uns schon an die regelmäßig erscheinenden Tartarennachrichten über den „Zusammenbruch des „roten Zentralverbandes“ gewöhnt haben, wollen wir, da es einem Tozge sagten immer Freude macht, wenn er ein Zeichen von seinem Wohlbefinden geben kann, über den vor einigen Tagen in den gelben und diesen gelblich-weißlichen Blättern erschienenen, alle bisherigen „Nachrichten“ in den Schattungen stellten Konfessionsartikel einige Worte verlieren. Dies insbesondere darum, weil wir die trübe Quelle kennen, aus der die gelbe Presse ihre Mitteilungen schöpft: ein Schiffbrüchiger, der nach längeren Irrfahrten endlich wieder dort gelandet ist, wo er hingehört, glaubt seinen Mangel an geistigen und moralischen Werten dadurch zu verdecken, daß er seinen jetzigen Broterwerb über seine früheren Broterwerb erzählt. Wir glauben es gern, daß die gelben Gewerkschaften in Gemeinschaft mit den Unternehmern den Zentralverband der Angestellten am liebsten fressen möchten und deshalb aus jeder Quelle ihr „Material“ und ihre „Ziffern“ schöpfen; mundern müssen wir uns nur darüber, daß sich der erwähnte Herr, der durch seinen ständigen Verkehr mit Förstern im „Jägerloosein“ anerkanntswerte Fortschritte gemacht hat, überhaupt getraut, sich mit uns in eine Polemik einzulassen, obwohl er weiß, daß er dabei den Kürzern ziehen muß. Mit diesen Feststellungen wollen wir uns für heute begnügen. Im übrigen trösten wir uns mit dem Gedanken daran, daß irtümlich ... am längsten zu leben pflegen.

Die Vereinigten Staaten dürfen endlich den Kinderzuschuß einführen. Der Senat der Vereinigten Staaten hat die Verfassung geändert und die Bundesregierung zur Regelung der Kinderarbeit, beziehungsweise deren Einschränkung oder Verbot für jugendliche unter 18 Jahren ermächtigt. Diese Verfassungsänderung wird erst rechtskräftig sein, wenn mindestens zwei Drittel der Gliedstaaten sie ratifiziert haben. Die Geschichte des Kinderschutzes ist ein recht reichhaltiges Kapitel des amerikanischen Kapitalismus. Nach der Volkszählung von 1920 befanden sich unter 12.503.000 Erwerbstätigen 1.061.000 (8,5 Prozent) Kinder im Alter von 10 bis 15 Jahren. In der Tat ist aber deren Zahl ungleich höher, da die Aufnahme zu einer Zeit stattfand, als ein Bundesgesetz die Kinderarbeit im allgemeinen verbot. Dieses Gesetz wurde aber später vom Obersten Gerichtshof als verfassungswidrig aufgehoben und so hat sich die Zahl der Kinder und jugendlichen Arbeiter seitdem sehr beträchtlich erhöht. Der Kongress versuchte dann, den Kinderschutz auf Umwegen einzuführen. Er brachte Gesetze, denen zufolge Unternehmer die ihre Waren mit Kinderarbeit herstellten, besondere Zölle und Steuern zahlen müssen. Der Oberste Gerichtshof hat beide Gesetze aufgehoben, da er sie als Umgehung der Verfassung bezeichnete. So konnten nur die einzelnen Gliedstaaten Maßnahmen zum Schutz der jugendlichen einführen. Es gibt deren eine große Anzahl, die aber in der Regel auf dem Papier blieben. Ihre Ausführung war höchst mangelhaft, es fehlt an Aufsicht; außerdem haben die zahllosen Ausnahmestimmungen den Schutz unwirksam gemacht. In fast allen Staaten ist die Arbeit der Kinder unter 14 Jahren verboten, doch haben sämtliche sehr viel Ausnahmen zugelassen, die die Wirkung des Verbots aufhoben. Die Verfassungsänderung gibt nun die Möglichkeit einer einheitlichen Regelung des Jugendschutzes für das Gebiet der Vereinigten Staaten.

Der Holzarbeiterstreik in Nordböhmen. Ueber die Ursache, die zum Streik der Tischler in Reichenberg geführt haben, ist bereits berichtet worden. Derselbe dauert bereits die zweite Woche und hat die Unternehmerorganisation veranlaßt, alle Mittel gegen die streikenden Tischler in Anwendung zu bringen. Unter der Führung des Deutschen Hauptverbandes der Industrie, dem sich die Vereinigung der Unternehmer anvertraut hat, wurde ein bei drei Anlässen üblicher Aufruf an die Gehilfenschaft erlassen, worin die Arbeitseinstellung als ein mutwilliges und ungerichtetes Verlassen der Arbeit bezeichnet wird und die Gehilfen aufgefordert werden, bis längstens 18. Juni, ein Uhr mittags, zu den alten Bedingungen die Arbeit aufzunehmen, andernfalls sie nach Paragraph 82 der Gewerbeordnung entlassen sind. Die Drohung der Unternehmer hat ihre Wirkung nicht nur nicht verfehlt, sondern die Gehilfenschaft, die auf Grund des Verhaltens der Unternehmer in den Streik direkt hineingetrieben wurde, in ihrer Kampfstellung noch gestärkt. Die Haltung der Streikenden ist gut, dagegen ist bei den Unternehmern zu bemerken, daß nicht alle Tischlermeister oder Klavierfirmen hinter den Unternehmerkämpfern stehen. Gleich zu Beginn des Streikes haben einzelne Unternehmer sich der Streikleitung gegenüber verpflichtet, die Forderungen der Gehilfen zu bewilligen. Daraus geht unzweifelhaft hervor, daß die Haltung der Unternehmerorganisation vollkommen unbegründet ist. Wenn die Kleinmeister — die sicher unter weit ungünstigeren Verhältnissen arbeiten müssen — in der Lage sind, die Forderungen der Arbeiterschaft zu erfüllen, umso mehr sind die Großbetriebe in der Lage, ihren Arbeitern einen angemessenen Lohn zu bezahlen. Die Holzarbeiter Reichenbergs kennen ihre Unternehmer schon seit Jahrzehnten als einen hartköpfigen Gegner, dem es mehr darauf ankommt, beweisen zu können, daß sie allein und nach ihrem Gutdünken das Ungelt für geleistete Arbeit festzusetzen haben. Die Gehilfenschaft hat nur für die Vermehrung des Unternehmerbesitzes zu sorgen, ihre Lage ist den Unternehmern gleichgültig. Ein Unternehmer, der die Forderung bereits bewilligt hatte, mußte über Betreiben der Scharfmacher seine Zusage an das Streikkomitee wieder zurückziehen, wozu ihm ein früherer Vertrag mit der Unternehmervereinigung verpflichtete, ansonsten er für jeden beschäftigten Gehilfen 1000 K Strafe zu zahlen verpflichtet ist. In Warnsdorf bei zwei Firmen am 13. und 14. Juni ausgebrochene Streik hat, — obwohl zum Gegenatz zu Reichenberg, der Großbetrieb Richter als erster sich mit seinen Arbeitern geeinigt hat, — dadurch eine Verschärfung erfahren, daß die übrigen Unternehmer und Kleinmeister ihren noch in Arbeit stehenden Gehilfen am Samstag, den 21. Juni die Kündigung überreicht haben, womit nach Ablauf dieser Frist die Tischlergehilfen in Warnsdorf ausgesperrt sind. Auch diese Bewegung steht unter der Leitung des Industriellensekretär Dr. Stelzig. Es läßt sich daraus schon erkennen, daß es unsere Unternehmer in Nordböhmen auf einen längeren Kampf mit ihrer Gehilfenschaft abgesehen haben. Der Kampf der Holzarbeiter Nordböhmens geht hart auf hart. Die Unternehmer haben die Arbeiterschaft in den Kampf hineingetrieben und diese werden denselben auch durchzuführen bis zu seinem siegreichen Ende. Zuzug von Tischlern, Klaviermachern, Bildhauern, Polierern, Tapezierern und Maschinenarbeitern ist nach Nordböhmen streng fernzuhalten.

Vorläufig keine Einstellungen im Ruhrkohlenbergbau. Zu der Meldung über eine Herabsetzung der Ruhrkohlenpreise um 20 Prozent am 1. Juli berichten die Blätter noch, daß in der Veranlassung der Zeichenbesitzer aus dem Rheinland und Westfalen die Absicht umfangreicher Betriebsstilllegungen fallen gelassen worden ist. Man will zunächst abwarten, ob nicht infolge der Kohlenpreisherabsetzung eine Steigerung des Absatzes eintritt.

Die deutsche Handelsflotte. Im Handelssteil des Berliner Tageblattes beschäftigt sich ein Artikel mit dem Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte. Demnach ist gegenwärtig nur ein Drittel der Vorkriegstonnage vorhanden, bei der Hamburg-Amerika-Linie z. B. 432.000 Tonnen im Jahre 1923 gegenüber 1.360.000 Tonnen im Jahre 1913, beim Norddeutschen Lloyd 401.000 Tonnen im Jahre 1923 gegenüber 882.000 Tonnen im Jahre 1913. Als gewisse Kompensationen für den kleinen Umfang der Tonnage der Handelsflotte sei die Tatsache zu buchen, daß die Handelsflotte voll beschäftigt war. Ein weiterer Vorteil sei, daß sie überwiegend aus neuen Schiffen mit den technischen Errungenschaften der neuesten Zeit besteht, was eine Folge der Ablieferungsbestimmungen für die alte Flotte sei. Das Streben nach möglichst großen Schiffen wie „Imperator“, „Baterland“ usw. ist überlebt und die Mittelklasse zwischen 20 und 30.000 Tonnen überwiegt in der Gegenwart.

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

Kunst und Wissen.

Kunst- und Merikal-Reaktionäres aus der Tschechoslowakei. Die „Dramatische Gesellschaft“ in Olmütz hatte für heute Donnerstag eine Aufführung von Tolsters „Masse Mensch“ angefügt, die aber von der Olmützer Polizei als Demursstelle verboten wurde, weil „der Inhalt

des Schauspielers an mehreren Stellen gegen die bestehenden Gesetze und religiösen Einrichtungen verstößt“. Diese letzte Wendung beweist deutlich, daß es sich hier wieder um einen Mißbrauch der Merikalen handelt, die namentlich, wie auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, so auch in der Kunst sich breitzumachen veruchen. Das doch erst jüngst am Fronleichnamstag die beschlossene Jertur von Prag eine Spielwandeländerung im Deutschen Theater diktiert. Wir sind der Meinung, daß Sozialdemokraten und alle anderen fortschrittlichen Elemente diesem Treiben nicht länger ruhig zusehen dürfen. Man muß dieser Merikal-reaktionären Bürokratie, die unter dem Vorwand der Staats- und Religionsgefährlichkeit die Geschäfte der Künstlerlinge und Pflaster betreibt, das Handwerk legen.

Anton Chorn gestorben. In Chemnitz starb Dienstag Dr. Anton Chorn, der Verfasser des Klosterhausspiels „Die Brüder von St. Bernhards“, das in den Jahren vor dem Kriege eines der beliebtesten Repertoirestücke aller deutschen Bühnen war. Chorn, ein überaus fruchtbarer Schriftsteller, war ein gebürtiger Deutschböhme. Er stammte aus Theresienstadt.

Gastspiel des Tenors Iseo Mari von der New Yorker Metropolitan-Oper. Der italienische Tenor Iseo Mari wird kommenden Montag als Rudolf in „Bohème“ gastieren und tritt damit zum erstenmal auf einer deutschen Bühne auf. Kartenvervorverkauf ab Freitag.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Donnerstag „Don Pasquale“; Freitag „Wildente“; Samstag „Götterdämmerung“; Sonntag nachmittags „Madame Butterfly“, abends „Madame Pompadour“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Donnerstag „Amor in Nikolsburg“; Freitag „Der Rustergatte“; Samstag „Dr. Stieglitz“; Sonntag nachmittags „Amor in Nikolsburg“, abends „Wauwau“.

Bereinsnachrichten.

Die Freie Vereinigung russischer sozialistischer Akademiker in Prag veranstaltete Donnerstag, den 3. Juli im „Russischen Hause“ Prag II, Herrngasse Nr. 16 eine öffentliche Versammlung mit folgendem Programm: „Die Lage der studierenden Jugend an den Hochschulen Rußlands.“ Gäste willkommen.

Turnen und Sport.

Es kommen die Tage voll Turnlust und Freud.

(Aus der „Arbeiter-Turn- und Sportzeitung“.) Bald werden tausende Turngenossen den Aufschrei schüren und in froher Erwartung die Festtage herbeisehnen.

Lange wurde gespott, manches hat man sich verjagt, aber bald wird der Reifelastiger (biedmal freudig und gern) die angekommenen Schätze verteilen. Das Fest steht vor der Tür! Und ehe wir uns versehen, werden wir uns im „Extra“ zugehäuslich eingerichtet haben. Gemütlich gehts da zu. Die Saazer haben ihren Zug mit Poppen betränkt, die Znaimer haben die Aufschriften künstlerisch mit „Gurken“ umrandert, kurz, alle Gebiete werden bei der Juguminidung ihre „Spezialitäten“ repräsentieren. — Nur die „Olmützer“ sollen in Verlegenheit sein — Na, die werden sich auch zu helfen wissen.

Die Fahrt selbst geht fast von allen Gebieten durch landschaftlich herrliche Gegenden, bei Lieb und Sitarrenspiel geht es froh durch die Täler und Wälder dem Ziele zu. Endlich taucht die „Freundschaftshöhe“ auf und bald sind wir zur Stelle. Frei Heil! Frei Heil! Die Vergleiche Begrüßungen erfolgen; zwar kann sich der „Seff“ aus Dessendorf nicht gleich mit dem „Frans“ aus dem Marienbader Gebiete verständigen. „Wohs host gont? Ich lon dich nej vastien“, aber mit der Zeit geht es ganz gut, die hesseln Sacksen geben sich ganz besonders Mühe, den Egerländer Dialekt zu kopieren.

In kurzer Zeit sind wir am Festplatze, da gibt es schon bewegtes Leben. Fröhliche Gruppen allüberall. Hier haben sich die Naturfreunde ein Zeltlager gebaut, die Schwimmer sind schon in ihrem Salonausgange, dort grüßen die roten Wimpel der Jugendlichen. Neben dem Eingange in Reih und Glied hunderte rot verzierter Räder. Und weit hinten sehen wir, umgrenzt von freundlichem Grün, die Front der 50 großen blühenden Kessel, vor ihnen, freischwebend geordnet, 25 Ausgabestellen, die ein schnelles Verteilen ermöglichen. Der Preis für Kaffee, warmes Mittagessen und warmes Abendessen beträgt 12 Kronen, das sind gewiß keine „Aurpreise“ und im Verhältnis zu Karlsbad äußerst gering. (Trotzdem frug ein Genosse an, ob der Betrag von 12 Kronen für alle drei Tage gilt?) Als Ehgeschicht geben wir eine zweiteilige Schale mit Handgriffen um 3 Kronen ab. Dasselbe eignet sich gut zum Abkochen beim Wandern. Die Ehgeschirre werden über die Festtage in eigenen Stellen aufbewahrt, so daß ein Herumschleppen unterbleibt.

Das Essen wird kräftig und reichlich sein, unterläßt nicht zu meiden, da nur nach der Meldung vorbereitet werden kann. Alles was ihr braucht: Ansichtskarten, Andenken, Turnkleidung, kurz alles erhaltet ihr am Festplatze billiger durch uns als in Privatgeschäften.

Rausel nichts außerhalb des Festplatzes.

Die Quartiere sind nicht allzuweit vom Festplatze, viel näher als in Leipzig, Leinlich und Deke müßt ihr selbst mitbringen. Das Unterbett

aus echtem Stroh wird beigeleimt, ihr werdet alle recht gut schlafen.

Der Festzug geht durch die berühmtesten Straßen Karlsbads, vorbei an „Bupp“, „Sprudel“, „Kurhaus“, „Mühlbrunnfontäne“. Der Verkehr wird während des Festzuges eingestellt.

Die Auskleideräume befinden sich nur 50 Schritte vom Festplatze, vor denselben ist der Aufstellungsräum.

Der Zuschauerraum für Kinder befindet sich vor den Barrieren. Drei große Tribünen stehen zur Verfügung.

Samstag finden Besichtigungen der Stadt, drei offizielle Kommerse und um 4 Uhr eine Varietee-Separatvorstellung zu billigen Preisen statt. Sonntag abends Konzerte und eine Nachvorstellung im Theater. In den Quartierorten veranstalten die Vereine „gemütliche“ Weinde. Es wird neben der turnerischen Hauptarbeit also auch Frohsinn und Unterhaltungsfreude geben. Die Turnfahrten sind auch bekannt, es wird uns möglich sein, auch für die Einzelreisefahrer Ermäßigung zu erlangen.

Die wichtigsten Teile des Festes werden gefilmt und fotografiert, vielleicht seht ihr euch dann auf der Reinwand im Kintop. Es ist also für alles vorgesorgt.

Freudige Tage erwarten auch, und wer nicht über alles brummt und raunzt, wird vollans zufrieden sein. Helfe nun jeder nach seiner Kraft mit, daß Sonberzüge, Festzüge, Festplatz usw. ein eindrucksvolles Bild geben.

Dein Fest! Unser Fest! Wiedersehen und Willkommen in Karlsbad!

Frei Heil! Erstes Bundesturnfest!

An die Kreis- und Bezirkspielleitungen des Arbeiter-Turn- und Sportverbandes!

Die Vortanden um die Bundesmeisterschaft werden am Samstag den 9. August von 2 bis 6 Uhr nachmittags in Karlsbad ausgetragen, und zwar:

- Turner: Schlagball, Faustball, Kaffball, Barlauf.
- Turnerinnen: Trommelball, Schmirball.
- Jüglinge: Schlagball, Faustball.
- Schüler: Schlagball, Faustball.
- Schülerinnen: Trommelball, Schmirball.

Die Kreismeister in den vorher genannten Spielarten müssen bis 15. Juli beim Bundespielausschuß gemeldet sein.

Die Kreis- oder Bezirksmeisterschaften oben genannter Spiele, welche gewillt sind, mit einer ausländischen Mannschaft ein Freundschaftsspiel ausgetragen, haben dies ebenfalls bis zum 15. Juli unter Angabe der Spielart beim Bundespielausschuß zu melden.

Genossen, es gilt die letzten Vorarbeiten zu treffen! Redet bestimmt bis 15. Juli, da später einlangende Meldungen nicht berücksichtigt werden können.

Für den Bundespielausschuß: Josef Stuntsch, Ruffig, Wartplatz 11.

Der Beschluß des Vorstandes des Arbeiter-Turn- und Sportverbandes und der Reichenberger „Vorwärts“.

Mit wahrer Wut fällt der Reichenberger „Vorwärts“ über den Beschluß des engeren Bundesvorstandes vom 21. Juni 1924 her, den wir vor einigen Tagen veröffentlichten. Die Kommunisten sehen, daß ihnen ihre Querebenen mißlungen sind und schimpfen nun, wie eben nur Kommunisten schimpfen können. Davon, daß der Beschluß des weiteren Bundesvorstandes nicht eingehalten wurde, schreibt der „Vorwärts“ selbstverständlich nichts. In diesem Beschluß heißt es: „Von einer Einladung der tschechischen Turnersöderation wurde Abstand genommen“. Entgegen diesem Beschluß hat aber der Kommunist Seifert mit einigen Funktionären des Verbandes vereinbart, daß es statt dessen heißen soll: „Von der Einladung anderer Turnerverbände wurde Abstand genommen“. Unter tätiger Mithilfe des Kommunisten Seifert wurde der Beschluß des weiteren Bundesvorstandes abgeändert. Daraus geht schon hervor, daß wenn Herr Seifert das Recht hat, mit einigen Funktionären den Beschluß zu ändern, dieser Beschluß umso mehr dem engeren Bundesvorstand zustehen muß. Die Kommunisten haben mit gewohntem Terror das Bundesturnfest zu stören gedroht und unter diesem Drucke kam der Beschluß vom 16. Juni zustande. Befreit von diesem Drucke hat der engerer Bundesvorstand den früheren, zum Teil unrichtigen Beschluß revidiert, wozu er durchaus das Recht hat. Auch wenn die Kommunisten noch so sehr schreien, wird doch nur eine Vertretung des Verbandes der russischen Arbeiterturner und Sportler eingeladen, und wenn, was immerhin möglich ist, die Luzerner Internationale und die ihr angeschlossenen Verbände auch damit nicht einverstanden sind, dann werden eben die kommunistischen Turner des Auslandes und ihre Organisation dem Feste fernbleiben. Daß der Bundesvorstand die Gleichstellung der sozialdemokratischen Partei mit der kommunistischen Partei des Arbeiterverbandes nicht aufrecht halten konnte, ist selbstverständlich. Der Beschluß vom 16. Juni war unrichtig, weil die sozialdemokratische Partei, welche stets zum Besuche des Turnfestes aufgefordert hatte, ihre Haltung nicht ändern mußte. Nur die kommunistische Partei, welche mit der Sabotage des Festes gedroht hatte, mußte aufgefordert werden, ihre Haltung zu ändern. Nun wollen wir aber mit den Herren aus Reichenberg nicht allzu sehr rechten. Sie haben in der letzten Zeit so viele Rafen von Moskau bekommen, daß sie beweisen müssen, daß sie keine Reformisten sind. Wir verstehen ja ganz gut, daß die tschechoslowakischen Kommunisten die Resolution Nr. 327 mit der

Resolution Nr. 668 und den Aufruf Nr. 3777 mit dem Aufruf Nr. 6898 verwechselt haben und sich nun nicht mehr auskennen, was Reformismus und Opportunismus ist, und was die allein seligmachende revolutionäre Methode bedeutet. Zu alledem kommt, daß die Führer der tschechoslowakischen Kommunisten, die Herren Kreibich, Schmetral und Neuvath, doch ehemalige Sozialdemokraten sind und daher noch ein Rest von anständiger sozialistischer Gesinnung in ihnen lebt. Bis sie den Führern der übrigen kommunistischen Parteien, den Cachin und Ruth Fischer und wie sie alle heißen, den ehemaligen Gelben, Indifferenten und Kriegsbeutern gleichkommen sein werden, wird ihnen kein Fehler mehr unterlaufen und sie werden von Moskau gelobt werden. Vorläufig mögen die Herrschaften zur Kenntnis nehmen, daß innerhalb der deutschen Arbeiterschaft in der Tschechoslowakei ihre Rolle ausgespielt ist.

Kommende Wettspiele. Prag: Samstag: Meisterchaft 1. Klasse: Meteor VIII gegen Opatowan Kosike. Freundschaftsspiel: Rapid Wien gegen Viktoria Zizkow. Sonntag: Meisterchaft 1. Klasse: Sparta gegen Meteor Vinohrad, Viktoria Zizkow gegen Viktoria Vinohrad, WZSL gegen Slawoj VIII, Sparta Kosike gegen Sparta Radno, Libek gegen Ralostransky SK, Radlicky UZR gegen Brkovic, Slawoj Zizkow gegen Praha VII, UZR. Kolim gegen Oehle Karlin in Kolim. — Rapid Wien spielt am Samstag in Prag gegen Viktoria Zizkow und am Sonntag in Pardubitz gegen SK. Pardubice. — Slavia Prag fährt nach Kralau, wo sie am Samstag gegen Mallovi und Sonntag gegen die Viola spielt. — DFC Prag spielt am nächsten Sonntag in Mähr.-Odrau gegen Slavan. — Wacker Wien spielt am Samstag und Sonntag in Belgrad gegen den Beogradski SK. — In Wien findet am Sonntag das Cup-Entscheidungs-spiel statt, in welchem einander die Amateure und Slavan gegenüberstehen.

Die ägyptische olympische Fußballmannschaft absolvierte in Stockholm zwei Spiele, das eine mit der schwedischen Mannschaft für die olympischen Spiele, das zweite mit einem ausgewählten Team von Stockholm. Im ersten Match unterlagen die Ägypter 0:5, im zweiten siegen sie 4:3. — In Mähr.-Odrau unterlag der Akademist Bolibkub aus Kopenhagen dem SK. Slavan mit 1:4 (1:2). — In Brünn siegte Mallovi gegen den Bränner Sportklub mit 5:1 (4:1).

Herausgeber: Dr. Ludwig Ezech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Kiehnert. Druck: Deutsche Zeitungs-K.G. Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Dollh.

Druck- und Verlagsanstalt Gesellschaft m. b. H. Teplitz-Schönau, Tischlergasse 6, 1002

empfehlen sich dem P. T. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Druckorten: wie Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitteilungsblättern, Einladungen, Plakaten, Flugchriften, Faktionen, Briefpapieren etc. in solider und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

Schwitzen Sie ?

Kaufen Sie sich bei der Firma

Stránský

Prag, Hybernská

- 1 Waschanzug Kč 95.—
- 1 Mohairsacco „ 95.—
- 1 Mohairhalbweste „ 20.—
- 1 Ledergrütel „ 8.—
- 1 Waschhose „ 28.—
- 1 Strohhut „ 25.—
- 1 Schillerhemd „ 30.—

und Sie schwitzen nicht mehr.